



„Du tust mir kund den Weg zum Leben“

Bericht vor der Landessynode
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Straubing
23. – 27. November 2008

von Landesbischof Dr. Johannes Friedrich

GLIEDERUNG

I. „Du tust mir kund den Weg zum Leben“: Bildung in evangelischer Verantwortung	4
1. Allgemeine Beobachtungen	4
2. Evangelische Bildung in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern	5
2.1. Wohin steuert der Religionsunterricht?	6
2.2. Zur Zukunft des „Lebensraums Schule“	7
2.3. Evangelische Schulen – Schulen besonderer Prägung	8
3. Evangelische Bildung in der Arbeit mit Studierenden	9
3.1. Studierendengemeinden aus kirchlicher Sicht.....	10
3.2. Theologie im Kontext des Wissenschaftsbetriebes.....	11
4. Evangelische Bildung in der Arbeit mit Erwachsenen	12
4.1. Perspektiven der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Erwachsenenbildung	12
4.2. Besuche von Einrichtungen im Dienst der Erwachsenenbildung	13
4.3. Missionarische Bildungsangebote als wieder entdeckte Kernaufgabe	14
5. Schlussbemerkung	15
II. „Du tust mir kund den Weg zum Leben“:	15
Evangelische Kirche im Kontext anderer Konfessionen und Reli- gionen	
1. Christen und Juden	15
1.1. Aufarbeitung der Geschichte der ELKB in der NS-Zeit	16
1.2. Der Einsatz der ELKB für ein versöhntes Miteinander heute	18
2. Integration muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger	18
2.1. Gemeinsames Lernen von Anfang an	19
2.2. Das Recht auf Religionsausübung für Angehörige muslimischen Glaubens	21
3. Gelebte Ökumene zwischen Protestanten und Katholiken	22
3.1. Auf dem Weg zum Ökumenischen Kirchentag in München 2010	22
3.2. Konfessionsübergreifende Anliegen in der Gesellschaftspolitik	23

„Du tust mir kund den Weg zum Leben“

Bericht vor der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Landesbischof Dr. Johannes Friedrich

Sehr verehrte Frau Präsidentin, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder:

„Es gab einmal eine Zeit, da hatten die Tiere einen Kindergarten. Das Bildungsprogramm bestand aus Rennen, Klettern, Fliegen und Schwimmen, und alle Tiere wurden in allen Fächern gebildet.

Die Ente war gut im Schwimmen, besser sogar als die Erzieher. Im Fliegen war sie durchschnittlich, aber im Rennen war sie ein besonders hoffnungsloser Fall. Da sie in diesem Bereich so schlecht war, musste sie immer wieder rennen, um das Rennen zu üben, und durfte nicht zum Schwimmen gehen. Das tat sie so lange, bis sie auch im Schwimmen nur noch durchschnittlich war. Durchschnittlich war aber akzeptabel, deshalb machte sich niemand Gedanken darüber – nur die Ente.

Das Kaninchen war zuerst im Laufen an der Spitze der Gruppe, aber es bekam einen Nervenzusammenbruch und musste vom Kindergarten abgemeldet werden – wegen der vielen Förderstunden im Schwimmen.

Das Eichhörnchen war Bester im Klettern, aber der Erzieher ließ die Flugstunden des Eichhörnchens am Boden beginnen statt im Baumwipfel. Das Eichhörnchen bekam Muskelkater durch Überanstrengung bei den Startübungen und wurde immer schlechter im Klettern und im Rennen.

Die mit Sinn fürs Praktische begabten Präriehunde gaben ihre Jungen zum Dachs in die Gruppe, als die Bildungskommission es ablehnte, das Buddeln in die Bildungsvereinbarung aufzunehmen.

Am Ende des Jahres hielt ein anormaler Aal, der gut schwimmen und etwas rennen, klettern und fliegen konnte, die Schlussrede in zwei Sprachen.“¹

Sehr verehrte Frau Präsidentin, hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder, ich hoffe, Sie sehen es mir nach, dass ich Sie diesmal zu Beginn meines Berichtes mit einer fiktiven Erzählung (Verfasser unbekannt) behelligt habe. Aber sie führt so überaus treffend mitten hinein in das Thema, mit dem ich mich im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig beschäftigt habe: mit dem Thema „Bildung“. Ich suche mir ja jedes Jahr ein Themenfeld, mit dem ich mich besonders intensiv befassen will und berichte Ihnen davon traditionell in meinem Herbstbericht. So soll es auch diesmal sein, im ersten Teil meines Berichtes. Im zweiten Teil will ich Ihnen von weiteren Ereignissen und Erfahrungen im vergangenen Jahr berichten, die ich unter dem Titel „Evangelische Kirche im Kontext anderer Konfessionen und Religionen“ zusammengefasst habe.

Beide Berichtsteile stehen unter der gemeinsamen Überschrift „Du tust mir kund den Weg zum Leben“. Ein wunderbares Psalmwort (Psalm 16,11), voller Zuversicht, Dankbarkeit und Lust am Leben. Ein Wort, das jeder und jede gestrost ganz persönlich auf sich selbst und seinen, ihren Werdegang beziehen kann – so kann es zu einem Leitwort für recht verstandene Bildung in evangelischem Sinn werden: ganzheitlich orientiert, auf die persönlichen Stärken bauend, individuell gelingendes Leben als Ziel. Ein Wort, das wir aber auch annehmen können als ganze Kirche, die sich im Kontext sieht mit anderen Glaubensgemeinschaften. So gesehen verweist es auf den Weg, auf dem wir uns alle mehr oder weniger gemeinsam befinden und der uns führen will in die ungeteilte Fülle des Lebens.

I. „Du tust mir kund den Weg zum Leben“: Bildung in evangelischer Verantwortung

Das Reden über Bildung hat zweifellos Konjunktur. Kaum ein Politiker, der sich im vergangenen Wahljahr nicht über das Thema ausgelassen hätte. Kaum ein Bürger oder eine Bürgerin, die nicht leidenschaftlich mitdiskutierte über Kindertagesstätten oder G8, Lehrermangel und Elite-Universitäten. Kaum ein Jahr, in dem nicht eine neue europäische Stadt zum Synonym für umwälzende Veränderungen im Bildungsbereich wird, wie dies Pisa oder Bologna sind, oder wo – wie erst in diesem Sommer – neue nationale Bildungsberichte die Schwächen des deutschen Bildungssystems analysieren. Die Kanzlerin spricht von der Bildungsrepublik Deutschland und lädt zum Bildungsgipfel ein. Und jetzt auch noch der Landesbischof!?

Ich habe mir in diesem Jahr das Thema Bildung vorgenommen, nicht nur weil es für mich seit der Reformation zu den Grunddimensionen evangelischen Handelns gehört. Die grundsätzlichen Aspekte des Zusammenhangs zwischen Glaube und Bildung hat die Synode, genauer: Ihre Vorgängersynode, ja bereits im Frühjahr 2004 ausführlich beleuchtet und im Zusammenhang damit auch dem damals entwickelten „Bildungskonzept für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern“ zugestimmt. Meine eigenen Gedanken dazu können Sie in ausführlicher Form nachlesen in dem Bericht, den ich damals vor der Landessynode gegeben habe. In diesem Jahr habe ich mich aber vor allem deswegen mit dem Thema Bildung beschäftigt, weil es die Menschen offensichtlich besonders bewegt. Ich habe dabei viel gehört und möchte heute meine Beobachtungen mit Ihnen teilen.

1. Allgemeine Beobachtungen

Lassen Sie mich mit einigen Beobachtungen beginnen, die für mich gut die aufgeheizte Stimmung aufzeigen, in der wir uns gerade befinden:

Eine junge Pfarrerin in München berichtet, ihre Tochter und ein anderes Mädchen seien die einzigen beiden Kinder ohne Migrationshintergrund in ihrer ersten Klasse. Der Vater äußert sich besorgt: In einem anderen Stadtteil hätte

seine begabte Tochter bessere Startchancen gehabt. Gleichzeitig schreibt eine deutsche Wochenzeitung, bei aller Bemühung der Schule bestimme in Deutschland allein die Herkunftsfamilie, wen unsere Kinder und Enkel einmal heiraten, welchen Beruf sie ergreifen und wie viel Geld sie einmal verdienen würden – ein neues Ständesystem sei entstanden. Wem gilt unsere Bildung? Und kann es Bildungsgerechtigkeit überhaupt geben?

Eine weitere Beobachtung: Beim Durchblättern des zweiten nationalen Bildungsberichts stolpere ich über eine Formulierung, die mich stutzig macht: In der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse lese ich da, Bildung bestimme die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Seien doch – Zitat – *„die Humanressourcen in hoch entwickelten Volkswirtschaften für die Wirtschaftsdynamik wichtiger als das Sachkapital“*. Weiter unten heißt es, der „output“ – immerhin noch in Anführungszeichen - des Bildungssystems habe sich seit 2001 erheblich verbessert. Und ich frage mich, was jene sind, die keinen „output“ liefern. Mangelhafte Humanressourcen? Mir schwindelt. Worauf zielt unsere Bildung ab? Gibt es auch zweckfreie Bildung?

Ein letztes: Ein Medizinprofessor klagt über den Stellenabbau an den Lehrstühlen seiner Fakultät. „Früher“, berichtet er, hätte man das den Studierenden erzählt, „und sie hätten sich dagegen gewehrt.“ Aber heute interessiere das niemanden mehr. Die Studierenden hätten nur noch „Credits“ und Noten im Kopf. Informationen holten sie sich im Internet. Doch oft genug fehle der Zusammenhang. Was wüssten sie noch über Literatur und Philosophie? Er winkt müde ab. Was meinen wir, wenn wir von Bildung sprechen?

Die Klage über die mangelnde Bildung ist alt. Auch die Versuche, durch neue Modelle, Methoden und Konzepte Defizite im Bildungssystem zu beheben. Einmal wurde der Einfluss der Öffentlichkeit als Allheilmittel angesehen – man denke nur an Platons „Staat“ – dann wieder galt Erziehung als reine Familiensache. Viele großen Pädagogen – beispielsweise Comenius oder Wichern – entwickelten ihre Vorstellungen von Bildung aus einer ganz konkreten Aporie der Gegenwart heraus. Und immer wieder waren es Kirchenleute, die sich – aus ihrer christlichen, oft genug protestantischen Tradition heraus – zu Wort meldeten.

Bildung war für Martin Luther zunächst Erziehung zur Mündigkeit, zur Urteilsbildung und zur Selbsterkenntnis. Eine Mündigkeit, die den Menschen frei machte und ihn dazu befähigte, Verantwortung zu übernehmen. Als Ermächtigung zur Gotteserkenntnis ist Bildung immer mehr als nur die Sorge um das eigene Überleben, sie steht im Dienst der Subjektwerdung des Menschen. Jeder hatte für Luther das Recht und die Pflicht zu einer solchen Bildung, gleich welchen Standes er auch war. Dieses Recht zu wahren, dafür trägt das Gemeinwesen die Verantwortung.

So kann es der Beitrag der spezifisch protestantischen Tradition sein, die Verantwortlichen in Politik, Gesellschaft und Schule dort zu warnen, wo Bildung eindimensional zu werden droht: Wo Bildung den Einzelnen nur noch als Hu-

manressource oder in seiner Rolle als zukünftigen Arbeitnehmer sieht, wo sie nicht mehr der kritischen Auseinandersetzung und persönlichen Aneignung dient, sondern der bloßen Informationsanhäufung, wo die Erfahrungen und Fehler der Geschichte nicht mehr für die Zukunft fruchtbar gemacht werden, wo nur noch die Leistung und die Durchsetzungskraft des Einzelnen und nicht mehr kollegiales Verhalten, Rücksicht auf andere und ein liebevoller Umgang miteinander trainiert werden, wo die Wissenschaft sich ihrer Grenzen nicht mehr bewusst ist, wo – um auf das Bild der fiktiven Geschichte vom Anfang zurückzukommen – die Ente rennen und das Eichhörnchen fliegen lernen soll: da hat der Protestantismus eine wichtige Wächterfunktion. Denn es geht nicht um das Erlernen von Faktenwissen, sondern um den Weg zum Leben, zum gelingenden Leben jedes und jeder Einzelnen.

2. Evangelische Bildung in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern

Innerhalb meines Schwerpunktthemas habe ich dem Lern- und Lebensort Schule besondere Aufmerksamkeit gewidmet. War zu Luthers Zeiten die Bibel wegen ihrer weiten Verbreitung noch Schulbuch, aus der man das Lesen lernte und nahmen noch in den Lehrplänen des 19. Jahrhunderts Katechismusunterricht, Biblische Geschichte und Gesangbuchlektüre deutlich mehr Wochenstunden ein als Schreiben, Rechnen und Lesen, so wurde mit zunehmender Emanzipation der Bildung von der Religion die Bibel immer mehr aus dem Lehrplan verdrängt. Biblische Zitate in Literatur, Kultur, Musik und Malerei wurden nach und nach nicht mehr allgemeinverständlich, sondern blieben nur Eingeweihten zugänglich.

Diese Entwicklung ist nicht nur für die Christen, sondern auch für die Gesellschaft höchst bedauerlich und bedenklich. Wenn über dreiviertel der Deutschen nicht mehr wissen, was Pfingsten ist, dann läuft etwas grundlegend falsch in unserem Land. Da werden Wurzeln unserer Kultur abgeschnitten, die einst festen Halt gegeben haben. Es ist für mich ein Skandal, dass im Geburtsland Luthers, der mit seiner Bibelübersetzung die deutsche Sprache prägte, immer weniger Menschen über die grundlegenden Inhalte dieses Buches Bescheid wissen. Das Wissen, das Aneignen und Erfahren des christlichen Glaubens wird heute aber nicht mehr primär im Elternhaus erfahren, sondern bleibt weithin dem Religionsunterricht vorbehalten.

2.1. Wohin steuert der Religionsunterricht?

Wie wird er sein, der Religionsunterricht von morgen, bei all den Herausforderungen, vor denen bayerische Schulen heute stehen? Wird er seinen Platz im Kanon der Fächer behaupten oder sogar ausbauen können? Wohin steuert der Religionsunterricht?

Ich hatte im vergangenen Jahr vielfältige Begegnungen mit Religionslehrerinnen und Religionslehrern und es freut mich, wie engagiert sie von ihrer Arbeit berichten. Und immer wieder begegne ich Menschen, die davon erzählen, dass ihnen ihr Religionsunterricht erst den Zugang zum Glauben ermöglicht

hat. Ja, oft genug ist die Begegnung mit dem Religionslehrer oder der Religionslehrerin der erste Kontakt zum christlichen Glauben. Gerade darum ist es so wichtig, dass hier Menschen sind, die die Anliegen der Schülerinnen und Schüler ernst nehmen und gemeinsam mit ihnen fragen und suchen.

Ich sehe zunächst die vielfältigen **Herausforderungen**, vor denen der Religionsunterricht heute steht: Kinder und Jugendliche sind bei weitem nicht mehr so kirchlich sozialisiert wie noch vor zehn Jahren. Dazu kommen immer mehr soziale Auffälligkeiten. Kenntnis der einfachsten biblischen Geschichten und christlichen Feste können nicht mehr vorausgesetzt werden, geschweige denn ein Bewusstsein der eigenen Konfession. Dennoch soll der Religionsunterricht Werte vermitteln und Glauben wecken, er soll die Wurzeln abendländischer Kultur weitergeben und das auffangen, was bei dem gedrängten Stundenplan an persönlicher Zuwendung und Seelsorge auf der Strecke bleibt. Er soll den sozialetischen Diskurs aufgreifen und natürlich fächerübergreifendes Lernen anstreben.

Ein Unterricht, an den so viele und hohe Erwartungen geknüpft sind, der benötigt ein geeignetes Umfeld und passende Umstände. In aus vielen verschiedenen Klassen und Klassenstufen zusammen gewürfelten Religionsklassen, in ständig wechselnden Unterrichtsräumen, bei einer Klassenstärke von manchmal dreißig Schülern und mehr, bei Unterricht am Nachmittag, kann die Atmosphäre der Wertschätzung und des Vertrauens, die gerade der Religionsunterricht benötigt, nicht entstehen. Deshalb möchte ich alle Religionslehrenden ermutigen, für die Interessen des Religionsunterrichts an den Schulen einzustehen. Wehren Sie sich, wenn die Klassenstärke das vorgeschriebene Maß übersteigt, sagen Sie es unserer Fachabteilung D (OKR Bierbaum) im Landeskirchenamt. Wir brauchen Belege dafür, wenn wir uns beim Treffen mit dem Kabinett für geringere Gruppenstärken einsetzen. Eine Schule, die den Religionsunterricht wie ein Stiefkind behandelt, nimmt sich selbst die Chance, von dem wertschätzenden und positiven Klima, das davon ausgeht, zu profitieren.

Ich habe bei meinen Besuchen übrigens gemerkt: es hängt unglaublich stark von dem einzelnen Schulleiter bzw. Direktor ab, wie gut oder weniger gut die Bedingungen für den Religionsunterricht jeweils sind. Das bedeutet eine wichtige Aufgabe für den Dekan, die Dekanin, die Beziehungen zu den Schulleitern zu pflegen.

Bei all den Herausforderungen sehe ich aber auch große **Chancen**, die sich dem Religionsunterricht heute bieten. Immer noch erreicht der RU den größten Teil aller evangelischen Schülerinnen und Schüler in Bayern. Ja, etwa ein siebtel aller unserer Kirchenmitglieder genießt im Moment den Religionsunterricht an einer Bayerischen Schule². Das heißt, dass wir durch den Religionsunterricht unsere Kirchenmitglieder in einer Breite erreichen können, wie in keinem anderen kirchlichen Arbeitsfeld. Und über die Kinder natürlich auch die Eltern. Dass bei vielen Kindern kein christliches Vorwissen mehr vorauszusetzen

ist, kann auch eine ganz unvoreingenommene Begegnung mit den biblischen Geschichten ermöglichen.

Der Religionsunterricht dient der Begleitung und der Bildung junger Menschen für ihr Leben, also der Bildung im umfassenden Sinn. Sie sollen mutig, klar und voll Vertrauen in ihre Zukunft gehen können. Dazu gehört für mich aus christlicher Perspektive die Vermittlung des Glaubens an Jesus Christus, der ihnen Grund und Halt für ihr Leben gibt. Wie sollen die Erwachsenen wissen, worauf sie sich verlassen können, wenn sie es als Kinder nicht erfahren haben? Hier bei Kindern einen Grund zu legen, auf den sie dann später aufbauen können – das ist für mich eine wichtige Aufgabe von Religionsunterricht.

Unsere größte Chance sind dabei unsere Lehrerinnen und Lehrer, mit ihrer Präsenz, mit ihrem Engagement, mit ihrem persönlichen Glauben. Gerade dort, wo Kinder und Jugendliche eben nicht mehr selbstverständlich im Glauben beheimatet sind, da ist es ihre Authentizität und ihre Sensibilität für die Fragen der Kinder und Jugendlichen, die den Kindern Wege zeigen zu einem gelingenden Leben und einem Zugang zum christlichen Glauben. „Die Person des Lehrers ist sein wichtigstes Curriculum“ – was der Pädagoge Hartmut von Hentig für alle Pädagogen gefordert hat, gilt noch einmal im besonderen Maß für unsere Religionslehrer. Denn während in Physik oder Sprachen Handwerkzeug und Arbeitsmaterial klar definiert sind, ist es in Religion hauptsächlich der Mensch, an dem und mit dem gearbeitet wird.

2.2. Zur Zukunft des „Lebensraums Schule“

Nicht nur der Religionsunterricht, auch das Schulwesen insgesamt steht vor gewaltigen Herausforderungen. Vor kurzem erst erschien der neue Bericht „Bildung in Deutschland 2008“, in dem den bayerischen Schulen bescheinigt wird, dass sie besser sind als die der meisten anderen Bundesländer. Aber: Im internationalen Vergleich ist Deutschland weiterhin nur Durchschnitt, und – was noch mehr zu denken geben muss – der Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Bildungserfolg ist in Deutschland am größten und weiterhin in Bayern noch enger als in jedem anderen Bundesland³. Aus evangelischer Sicht bleibt es ein Skandal, dass die Herkunft immer noch (oder wieder?) so sehr über die Zukunft entscheidet und ich appelliere dringend an alle Verantwortlichen, dem aktiv entgegenzusteuern. Das kostet freilich Geld, denn ohne kleinere Lerngruppen, individuellere Förderung und besser qualifizierte Lehrkräfte wird das nicht gehen – aber das muss es uns, im Namen unserer Kinder und Enkelkinder, wert sein.

Der „Lebensraum Schule“ war und ist in jüngster Zeit starken Veränderungen ausgesetzt. Immer wieder wird – gerade auch in der Diskussion der jüngsten Pisastudie – auch unser dreigliedriges Schulsystem insgesamt einer Kritik unterzogen. Zu Recht, wenn man den eben genannten Missstand ernst nimmt. Allerdings meine ich, dass es nicht so sehr darauf ankommt, welchem System man insgesamt folgt (zweigliedrig, dreigliedrig oder auch ganz anders), son-

dern vielmehr darauf, dass man das, was man macht, mit exzellenter Ausstattung und unbedingter Orientierung an dem einzelnen Schüler, der einzelnen Schülerin tut.

Mit Kostenneutralität kann eine qualitativ deutlich verbesserte Schulsituation wohl kaum erwirkt werden, hier sind langfristige und zielgerichtete Investitionen gefragt. Deshalb war ich dankbar, als Ministerpräsident Dr. Beckstein vor einem Jahr eine deutlich verbesserte Finanzierung gerade in diesem Bereich angekündigt hatte. Die Landessynode hatte das ja auch in ihrem Beschluss zur Hauptschule auf der Synode im Herbst 2006⁴ so gefordert. Ich freue mich, dass in ersten Gesprächen der Fachabteilung mit dem neuen Kultusminister, Herrn Dr. Spaenle (dem ich herzlich zu seinem Amt gratuliere – er ist ja in besonderer Weise auch für uns als Kirche zuständig) hier große Aufgeschlossenheit signalisiert wurde. Selbstverständlich begrüße ich auch sehr, dass schon im Koalitionsvertrag festgehalten ist, dass der Religionsunterricht in Bayern eine wichtige Rolle spielt.

Insgesamt ist zu beobachten, dass die Zeit, die die Schülerinnen und Schüler innerhalb einer Woche an der Schule verbringen, tendenziell steigt. Am augenfälligsten ist das vielleicht mit der Einführung des achtstufigen Gymnasiums (G8) verbunden, aber auch sonst fordern die umfassenden und dichten Lehrpläne immer mehr den Einbezug des Nachmittags. In diesem Zusammenhang danke ich den Bezirksstellen des Diakonischen Werkes und den Kirchenkreis-schulbeauftragten sehr, dass Sie sich als Ansprechpartner für das Praxisseminar, das mit der G8-Reform von der Staatsregierung eingeführt wurde, zur Verfügung stellen. Sie tragen damit dazu bei, dass Kirche und ihre Diakonie trotz der immer enger werdenden Zeitfenster im Schulalltag präsent bleiben. Wenn man sich aber nur den ganz normalen Stundenplan eines Drittklässlers ansieht, dann kann einem schon schwindelig werden in Anbetracht der inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen, die da an ein 9-jähriges Kind gestellt werden. Dazu kommt eine stetig wachsende Zahl an Eltern, die beide berufstätig sind, so dass eine über den Unterricht hinaus gehende, von der Schule aus gebotene Nachmittagsbetreuung oft gerne angenommen wird.

Es wundert daher nicht, dass das Angebot an Ganztagschulen derzeit auch deshalb wächst. Und ich will – in Übereinstimmung mit dem Religionspädagogischem Zentrum Heilsbronn (RPZ) – anfügen: In Bayern ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes (nicht verpflichtendes) Angebot an Ganztagschulen zu schaffen und Ganztagschulen konzeptionell sinnvoll weiterzuentwickeln, halte ich aus sozial- und bildungspolitischen, Familien stärkenden, erzieherischen und pädagogischen Gründen für richtig. Dabei sind Ganztagschulen aus evangelischer Perspektive keine nur verlängerten, sondern qualitativ veränderte Schulen. Gerade Ganztagschulen bieten gute Chancen, die unterrichtliche Intensivierung und individuelle Förderung zu verbessern. Besonders leuchtet mir dabei ein, dass Ganztagschulen die Möglichkeit haben, die Bewältigung ihrer Aufgaben in rhythmisierter Form über eine verlängerte Zeitspanne hinweg gestalten zu können. Der Wechsel von Konzentrations- und Anspannungsphasen, von Wahl- und Pflichtangeboten kommt dem men-

schlichen Lernrhythmus entgegen. Und gerade diejenigen Kinder, die aus weniger günstigen sozialen oder familiären Verhältnissen stammen, werden von einer längeren qualifizierten Förderzeit an der Schule profitieren.

Bei meinem Besuch des Religionspädagogischen Zentrums in Heilsbronn hatte ich auch ein ausführliches Gespräch mit Herrn Pfarrer Kolb, der für die Konfirmandenarbeit zuständig ist. Ich ließ mich über die vielen verschiedenen Modelle von Konfirmandenarbeit in unserer Kirche informieren. Das Problem, dass die Schülerinnen und Schüler auch nachmittags so stark belegt sind, spielte dabei eine Rolle. Es ist wohl so, dass in den meisten Gemeinden mit einem „gemischtem Programm“ darauf geantwortet wird: meist findet der Konfirmandenunterricht nicht nur unter der Woche (meist Mittwoch Nachmittag) statt, sondern auch samstags, seltener nur am Mittwoch oder nur am Samstag.

Ein gutes Signal fand ich in diesem Zusammenhang den Beschluss, den das Kabinett unter Herrn Dr. Beckstein gefasst hatte, dass am Mittwoch Nachmittag in den entsprechenden Altersstufen zumindest kein Pflicht-Unterricht stattfinden solle – wenngleich Wahlunterricht am Mittwoch Nachmittag freilich weiterhin möglich und üblich ist. Schön finde ich die an vielen Orten stattfindende Praxis, dass ehemalige Konfirmanden am Unterricht als Assistierende beteiligt werden. Dies scheint eine sinnvolle und gute Form von Jugendarbeit im Nachkonfirmandenalter zu sein. Schwierig finde ich es, dass Konfirmanden zwar (zu Recht) auf vielfältige Weise dazu angehalten werden, regelmäßig den Gottesdienst zu besuchen, aber dann oft in diesem Gottesdienst weder eine Rolle spielen, noch in besonderer Weise angesprochen werden oder Gottesdienste erleben, die nicht altersgemäß sind.

Hier müssten wir dringend noch dazu lernen. Dringend möchte ich auch alle bitten, einem Minimum an Wissensbestand im Konfirmandenunterricht wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sicher wurde das früher oft mit überlangen Auswendiglernlisten übertrieben. Aber ich habe in meinem Leben selbst gemerkt und höre dies auch immer wieder, wie wichtig es ist, einen Grundbestand von Liedern, Psalmen und Gebeten auswendig zu können, wobei mir klar ist, dass dies nur hilft, wenn es auch nach der Konfirmation immer wieder geübt wird. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, den zu Konfirmierenden diese Chance zu eröffnen.

2.3. Evangelische Schulen – Schulen besonderer Prägung

Immer wieder nehme ich erfreut zur Kenntnis, dass die Nachfrage nach Evangelischen bzw. christlichen Schulen in der Bundesrepublik stetig wächst. Dass dies seinen Grund nicht darin hat, dass die Gesellschaft insgesamt womöglich wieder christlicher – oder gar evangelischer – geworden sei, belegt schon die simple Tatsache, dass die Nachfrage mitunter genau in den Gebieten der Republik am Größten ist, in denen wir uns als Kirche in der absoluten Diaspora befinden – so oft in den neuen Bundesländern. Mich freut diese Entwicklung

natürlich trotzdem, ein wenig auch gerade wegen des fehlenden Zusammenhangs von Gemeindegliederzahl und Nachfrage nach Evangelischen Schulen. Denn es ist für mich der vielleicht beste Beweis dafür, dass Evangelische Schulen sich tatsächlich genau durch das auszeichnen und von anderen unterscheiden, was uns als Evangelische so wichtig ist: vorurteilsfreie Hinwendung zum Einzelnen, Lernen förderndes Schulklima, individuelle Begleitung, gelebte Werte.

Der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes der Evangelischen Schulstiftung in Bayern, Pfarrer Erwin Meister, hat betont, dass Evangelische Schulen auch ein eigenes Qualitätsmanagement praktizieren. Im Gegensatz zur staatlichen Evaluation werden bei den Evangelischen Schulen in Bayern auch Schüler, Eltern und Träger mittels externer Erhebung ihrer Wahrnehmung in das Verfahren einbezogen. Ferner wird nicht schon bei der ersten, sondern erst bei der zweiten Evaluation zertifiziert, so dass keine reine Iststanderhebung stattfindet. Die Moderatoren werden über das Religionspädagogische Zentrum Heilsbronn, das extra einen eigenen Arbeitsbereich zur Qualitätssicherung eingerichtet hat, ausgebildet und betreut. Auch diese qualitativ hochwertige Begleitung in der Schulentwicklung zeichnet unsere Schulen aus und wird langfristig sicherlich zum Erfolg beitragen⁵.

Mit der privaten **Lukas-Schule in München** habe ich im letzten Jahr eine Schule mit sehr klarem und gezielt evangelischem Profil besucht. Sie besteht aus Grund-, Haupt- und Realschule. Neben der Tatsache, dass der Morgen mit einer Andacht für alle Lehrkräfte im Lehrerzimmer beginnt, ist mir sofort die freundliche, offene und sehr engagierte Atmosphäre aufgefallen. Der Schulalltag für die Schülerinnen und Schüler beginnt ebenfalls mit einer Andacht in den jeweiligen Klassen, weswegen die Schulzeit an dieser Schule auch täglich um 10 Minuten verlängert ist. Der eigene Glaube wird an dieser Schule bewusst in den Alltag mit hinein genommen und thematisiert.

Freilich: Wer sich darauf nicht einlassen will oder kann, ist hier fehl am Platze – insofern ist die Lukasschule sicherlich eine Schule, die ein spezielles Profil aller darin Tätigen oder Lernenden voraussetzt. Dass es nicht einfach ist, dementsprechende Lehrkräfte zu finden und auch nicht jeder Schüler, jede Schülerin sich in ein solch klar evangelisches Profil eingliedern will, liegt auf der Hand. Aber die erzielten Ergebnisse beeindrucken nachhaltig: So haben etwa 40 von 48 Schülerinnen und Schülern im vergangenen Schuljahr den „Quali“ erreicht, alle sind in Ausbildung oder auf einer weiterführenden Schule. Ein anderes Beispiel: 60% der Grundschülerinnen und -schüler haben den Übertritt aufs Gymnasium geschafft. Zu diesem großartigen Erfolg kann ich Schülern und Lehrern nur herzlich gratulieren.

Ein weiterer Besuch im vergangenen Jahr galt dem **Förderzentrum für Körperbehinderte im Wichernhaus Altdorf**, dem ich auf diesem Wege sehr gerne den ersten Preis des Förderschul-Wettbewerbs „Reli bei uns“, den das RPZ landesweit veranstaltet hatte, überreicht habe. Die Förderschulen sind, was die Zahl ihrer Schülerinnen und Schüler betrifft, im bayerischen Schulwesen die kleinste

Schulart: sie werden von den vier bis fünf Prozent der bayerischen Schülerinnen und Schüler besucht, bei denen ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert wurde. Bei meinem Besuch in Altdorf konnte ich mich von der wertvollen pädagogischen Arbeit, die an den Förderschulen geleistet wird, überzeugen.

Beeindruckend war, sowohl die Lebensfreude und den Lerneifer der zum Teil schwerst körper- und mehrfachbehinderten Kinder und Jugendlichen wie auch das hohe pädagogische Engagement der dortigen Lehrerschaft zur Kenntnis zu nehmen. Nicht anders als an den anderen Schularten geschieht auch an den Förderschulen eine wertvolle Bildungsarbeit. Dabei kommt dem Religionsunterricht eine in mehrfacher Hinsicht herausragende Bedeutung zu: Die Schülerinnen und Schüler von Förderschulen machen vielfach die schmerzliche Erfahrung, dass sie in einer Welt leben, die den Wert des Menschen oft einseitig nach Leistungsvermögen und Produktivität bemisst. Aufgrund ihrer Behinderung sind sie daher auf dem regulären Lehrstellen- und Arbeitsmarkt vielfach chancenlos. Es bleibt daher nicht aus, dass sich Förderschüler gesellschaftlich an den Rand gestellt wahrnehmen und in der Folge an ihrem Selbstwert zweifeln.

Demgegenüber hören sie im Fach Religion vom biblischen Menschenbild, durch das jedes menschliche Leben, so wie es, ist von Gott bejaht und geliebt wird und deshalb unendlich wertvoll ist. Sie erfahren vom Heil unseres Gottes, in das jeder Mensch mit seinem Gesundsein und Kranksein, seinen Stärken und Schwächen, seinem Leben und Sterben hinein genommen ist. Unsere Religionslehrenden an den Förderschulen bringen dabei zusätzlich zu ihrer unterrichtlichen Arbeit viele wichtige seelsorgerliche Dienste ein, die oft weit über die vergütete Arbeitszeit hinausgehen und vielfach bis in die Elternhäuser hinein reichen. Für diese wertvolle Hilfe auf dem „Weg zum Leben“ gilt ihnen mein aufrichtiger Dank.

3. Evangelische Bildung in der Arbeit mit Studierenden

Ein zweiter Schwerpunkt meines Jahresthemas lag bei der kirchlichen Arbeit mit Studierenden. Im September 2006 hatte der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland ja das Positionspapier „Die Präsenz der evangelischen Kirche an der Hochschule“⁶ beschlossen, das auch unter meiner Mitwirkung entstanden war. Darin heißt es: „Die Qualität der Präsenz der evangelischen Kirche an der Hochschule bestimmt nachhaltig den Einfluss des Protestantismus in Deutschland ... Die evangelische Kirche ist immer eine Kirche gewesen, die einen hohen Bildungsanspruch vertritt. Sie hat stets die Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen Wissenschaft und den Bildungseliten geführt.“

Eine qualifizierte Präsenz der evangelischen Kirche an der Hochschule erwächst aus dem Selbstverständnis des Protestantismus und ist ein Dienst an der Kultur.“ Zur Stärkung der kirchlichen Präsenz an der Hochschule hat der Rat schließlich für den Bereich der EKD den Evangelischen Hochschulbeirat

berufen und mich um den Vorsitz gebeten. Dieser Aufgabe bin ich gerne nachgekommen, knüpft sie doch an meine eigene Vergangenheit an.

3.1. Studierendengemeinden aus kirchlicher Sicht

Im Juli dieses Jahres habe ich die Konferenz der Hochschul- und Studierendenpfarrerinnen und -pfarrer in Bayern besucht und mit diesen über die aktuelle Situation der Hochschul- und Studierendenseelsorge gesprochen – ein Bereich kirchlicher Arbeit, der sowohl in den Bereich Bildung als auch in den der Seelsorge gehört. Dieses Gespräch war sehr spannend, weil ich gemerkt habe, wie viel sich an den Hochschulen seit meiner Zeit als Studentenpfarrer in Nürnberg Anfang der 80er Jahre verändert hat.

Verändert hat sich das Selbstverständnis der Pfarrerinnen und Pfarrer an den Hochschulen: Sie verstehen sich als kritisches Gegenüber, Begleiterinnen und Begleiter, Seelsorgerinnen und Seelsorger für Studierende UND Dozierende sowie die weiteren Hochschulangehörigen. Gerade im Umbruch der Hochschullandschaft werden diese Angebote tatsächlich auch von den verschiedenen Seiten angenommen. So habe ich den Eindruck gewonnen, dass an vielen Hochschulen ein sehr vertrauensvolles Verhältnis zwischen Präsidentin oder Rektor und Hochschulpfarrerinnen und -pfarrern besteht und dass die Hochschulleitungen auf das Wort unserer kirchlichen Vertreterinnen und Vertreter hören.

Verändert haben sich auch die Hochschulen selbst: der Druck auf Studierende und Lehrende ist heute viel größer als zu meiner Zeit. Freiräume, die viele von uns aus ihrer Studienzeit kennen, sind kaum mehr vorhanden, weil die Studiengänge viel verschulter sind als früher. Das merken auch die Hochschul- und Studierendengemeinden: Es wird schwieriger, Studierende zu finden, die sich in den Gemeinden engagieren, Bildungsveranstaltungen werden wenig angenommen, weil die Studierenden schon den ganzen Tag mit Bildungsinhalten angefüllt werden. Umgekehrt steigt die Nachfrage nach Beratung und seelsorgerlicher Begleitung, die Studierenden suchen Zeiten der Unterbrechung und finden Räume der Freiheit in den Evangelischen Studierendengemeinden (ESG). Das „offene Haus“ der ESG wird wieder wichtig – als Rückzugsort, aber auch als Ort der spirituellen Erfahrung und Begleitung.

Das war die dritte Veränderung, die mich beeindruckt hat: Spiritualität ist wieder ein Thema an den Hochschulen – nicht nur bei Studierenden, sondern auch bei Dozierenden. Und die Herausforderungen des multireligiösen Miteinanders sind offenkundig und werden von den Hochschul- und Studierendenpfarrerinnen in einer sehr guten Weise, wie ich den Eindruck habe, angenommen – wenn es etwa darum geht, der Vorgabe des Präsidenten gerecht zu werden, dass eine Semestereröffnung unter Einbeziehung aller Religionsgemeinschaften stattfinden muss oder Medizinstudierende unterschiedlicher Konfessionen und Religionen sich am Ende des Pathologiekurses auf angemessene Weise bei den Verstorbenen, an denen sie gearbeitet haben, und deren Angehörigen verabschieden wollen. Da geschieht Begegnung, da zeigt sich, dass unser christlicher Glaube fähig ist, den Alltag zu gestalten.

Überrascht war ich schließlich, wie wenig politische Alltags-Themen heute von Studierenden wahrgenommen werden. Mir hat freilich auch eingeleuchtet, dass dafür wenig Zeit bleibt, wenn ich mich ständig um ‚Credit Points‘ kümmern muss und darum, wie ich meine 500 Euro Studienbeitrag finanziere. Aber wo, wenn nicht an den Hochschulen, sollen junge Menschen lernen, politisch zu denken und zu handeln, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen? Ich habe den Hochschul- und Studierendenpfarrerinnen und -pfarrern ausdrücklich Mut gemacht, immer wieder Anwältinnen und Anwälte „des Politischen“ zu sein.

Und noch eine letzte kleine Neuerung seit meiner eigenen Zeit als Studierendenpfarrer: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat auf Anregung der Studierendengemeinden vor kurzem einen eigenen Anhang zu unserem Evangelischem Gesangbuch herausgegeben, der dem Wunsch nach mehr modernerem Liedgut entsprechen soll. Ich gehe davon aus, dass dieser Anhang (der ganz analog zu unserem Gesangbuch aufgebaut ist) nicht anstelle des Gesangbuchs, sondern als dessen Ergänzung verwendet wird und wünsche in diesem Sinne eine große Sängerschaft.

Abschließend will ich sagen: War ich damals als Studentenpfarrer schon überzeugt, eine wichtige Arbeit für unsere Kirche zu tun, so bin ich das nach dieser Begegnung noch mehr: Gerade in dieser breiten Ausrichtung auf die verschiedenen Gruppen von Hochschulangehörigen, gerade in dieser Durchbrechung des Hochschulalltages sind die Hochschul- und Studierendengemeinden ein ganz wichtiges Element kirchlicher Präsenz „vor Ort“ in der Mitte der Gesellschaft – und wir müssen aufpassen, dass wir dieses wichtige Feld nicht zu sehr der katholischen Kirche überlassen, die hier seit Jahren wesentlich mehr Ressourcen einsetzt als wir - von nichtchristlichen weltanschaulich geprägten Gruppierungen ganz zu schweigen.

Wenigstens kurz erwähnen will ich in diesem Zusammenhang auch die Chancen, die meiner Wahrnehmung nach das studentische Wohnen in kirchlichen Häusern für unsere Arbeit mit Studierenden leisten. Kirchliche Wohnhäuser für Studierende zielen darauf, gemeinschaftliches Leben und Lernen zu ermöglichen und bieten Raum für interdisziplinäre und interkulturelle Diskussions- und Lernprozesse. Sie verstehen sich als Orte des sozialen Lernens im Miteinander des Alltags und bieten niedrigschwellige spirituelle Angebote. Freilich spielt dabei – abermals – die personale Ansprechbarkeit eines Pfarrers oder einer Pfarrerin oft eine maßgebliche Rolle.

3.2. Theologie im Kontext des Wissenschaftsbetriebes

Das Engagement der evangelischen Kirche richtet sich nicht allein auf religiöse Bildung, sondern auf jede Gestalt von Bildung. Ihr Interesse richtet sich daher auf den Wissenschaftsprozess insgesamt. Dabei kommt es aus evangelischer Perspektive darauf an, dass wissenschaftliche Forschung und Lehre

nicht auf ein Mittel zur Verwirklichung von Interessen reduziert und nicht einem Nutzenkalkül unterworfen werden, sei dies ökonomischer, politischer oder weltanschaulicher Natur. Forschung und Lehre dienen nicht nur dem Arbeitsmarkt, sondern auch der Entwicklung von Persönlichkeiten im Sinne einer Professionalität, die zur Verantwortung in Beruf und Gesellschaft beiträgt⁷. Um dies zu verwirklichen, halte ich die *Präsenz der Theologie an den Universitäten* für unverzichtbar.

Insbesondere interdisziplinäre Angebote sind hier natürlich besonders wertvoll, da so Studierende verschiedenster Fachrichtungen ihre eigene Profession in einen größeren Horizont einordnen können. Gleichwohl ist mir bewusst, dass gerade solche Angebote nicht immer stark nachgefragt werden, da die engen Studienvorgaben kaum mehr Zeit für Zusätzliches lassen. Ganz anders sähe es freilich aus, wenn interdisziplinäre Veranstaltungen mehr und mehr zum Pflicht – anstelle zum Wahlprogramm gehören würden. Ich danke herzlich den Professoren an unseren beiden theologischen Fakultäten, die die Möglichkeiten interdisziplinären Arbeitens nützen. Dies ist ja auch ein wichtiges Argument in unseren Verhandlungen mit der Staatsregierung über den Verbleib der theologischen Fakultäten gewesen.

Ganz in diesem Sinne bin ich auch dankbar dafür, dass wir mit dem Evangelischen Studienwerk Villigst auf EKD-Ebene eine Form von Begabtenförderung und Arbeit mit Eliten haben, die genau diese Interdisziplinarität zum Programm erhoben hat und so dafür Sorge trägt, dass auch künftige Generationen im Sinne der protestantischen Grundüberzeugung an den Schnittstellen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wirken. Diesen gebildeten Nachwuchs aller Fachrichtungen in den eigenen Reihen zu wissen, halte ich für eine große Chance.

Freilich ist es aus unserer Sicht ebenso wichtig, starke *theologische Ausbildungsstätten* in Bayern zu erhalten. Zwei unserer drei theologischen Ausbildungsstätten konnte ich in diesem Jahr anlässlich ihres jeweils runden Jubiläums besuchen: Die Evangelisch-Theologische Fakultät in München feierte ihr 40-jähriges Bestehen, die Augustana Hochschule Neuendettelsau ihr 60-jähriges. Als Landesbischof bin ich froh und dankbar, dass wir mit München, Erlangen und Neuendettelsau den Theologiestudierenden allein in Bayern drei Standorte mit ganz eigenen Schwerpunktbildungen bieten können. Ich halte es für die Ausbildung von Pfarrerinnen und Pfarrern, Religionslehrenden und allen anderen Berufsgruppen, die ihren Dienst im Rahmen der Kirche tun, für unverzichtbar, dass verschiedene theologische Zugänge studiert und eingeübt werden können. Unsere Volkskirche lebt nicht zuletzt von ganz unterschiedlichen Frömmigkeitsformen, deren Herkunft und Besonderheiten sich auch im Studium erschließen können und sollen.

Sorge bereitet mir in der Entwicklung der Hochschulen insgesamt der so genannte *Bologna-Prozess*, dessen erste Auswirkungen inzwischen nicht mehr zu übersehen sind. Im Zuge der Hochschulreformen werden derzeit fast alle Studiengänge der Universitäten auf die konsekutiven Abschlüsse „Bachelor“ und

„Master“ umgestellt. Für diese Reform wurden ursprünglich drei Kernargumente angeführt: Erstens sei dadurch eine Verbesserung der Mobilität der Studierenden und ein Vergleichbarkeit der Abschlüsse in Europa zu erreichen. Zweitens werde die Qualität der Lehre verbessert, weil die Studiengänge „entrümpelt“ und die Studienplanung transparent würden. Und drittens werde mit dem Bachelor ein für den Beruf qualifizierender Abschluss entwickelt, der die Studierenden praxisnäher für den Arbeitsmarkt ausbilde.

Diese Ziele wären aus evangelischer Sicht durchaus sehr unterstützenswert. Allerdings scheint es eher so, als ob die gestuften Studiengänge die Situation in allen drei Kriterien nicht nur nicht verbessert, sondern eher verschlechtert hätten – so jedenfalls unsere Beobachtungen im Evangelischen Hochschulbeirat der EKD⁸. Der Schematismus, mit dem die neuen Studienabschlüsse durchgesetzt wurden, scheint der notwendigen Freiheit für die einzelnen Hochschulen, der Freiheit für die einzelnen Fächer und der Freiheit für die Studierenden nicht gerecht zu werden.

Darauf verweist auch ein Offener Brief, den die Konferenz der an der Lehrerbildung beteiligten Evangelischen Theologinnen und Theologen in Bayern (KLT) an die Staatsregierung schon im Jahr 2006 gerichtet hatte – bislang leider ohne erkennbare Kurskorrekturen. Insbesondere wird darin beklagt, dass die Studierenden des Lehrfachs Religion durch die genaue Festlegung des Lehrangebots in Gestalt der Module nicht mehr flexibel auf zeitliche Koordinationsprobleme eingehen können und so in der Praxis nicht mehr alle Fächerkombinationen studierbar sein werden. Hinzu kommt der immense Personalaufwand, der durch die erhöhte Verwaltung und Koordination nötig ist und freilich zu Lasten der Lehre geht. Mehr Prüfungen, zu wenig Räume und ein großer bürokratischer Aufwand verhindern das ordnungsgemäße Studium.

Ich bin mir dessen bewusst, dass diese Fragen nicht alleine von Bayern aus entschieden werden. Dennoch hoffe ich, dass die Verantwortlichen die bisherigen Ergebnisse der Reformen einer ehrlichen Prüfung unterziehen und ggf. die nötigen Konsequenzen ziehen werden.

4. Evangelische Bildung in der Arbeit mit Erwachsenen

4.1. Perspektiven der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Erwachsenenbildung

Der dritte Schwerpunkt im Rahmen meines „Bildungsjahres“ war die Erwachsenenbildung. „Erwachsenenbildung ist im Aufschwung“ – so der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Evangelische Erwachsenenbildung in Bayern, Pfarrer Dr. Hans Jürgen Luibl⁹. Davon konnte ich mich auch bei meinem inzwischen schon zweiten Besuch der AEEB-Mitgliederversammlung überzeugen. Mich freut diese positive Aussage sehr. Nicht nur, weil ich die Erwachsenenbildung persönlich für ein ausgesprochen wichtiges Arbeitsfeld unserer Kirche halte, sondern auch, weil sie von einem optimistischen Tatendrang zeugt, von dem wir alle nur profitieren können. Ja, die Erwachsenenbildung ist im Aufschwung

– schon alleine deswegen, weil die Lebensphase nach Schule und Hochschule immer länger wird. Dies findet auch darin seinen Ausdruck, dass die Begriffe „lebenslanges Lernen“, „lebensbegleitendes Lernen“ oder „Lernen in Lebensphasen“ sich wieder neuer Aufmerksamkeit erfreuen.

Die Lebenswelt der Erwachsenen stellt immer größere Anforderungen im Blick auf Mobilität, Flexibilität und die Arbeitswelt, ganz zu schweigen von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nicht wenige scheitern an den immensen Herausforderungen unserer Zeit. Hier unterstützend und hilfreich zu wirken, gehört zu den ureigensten Aufgaben der Kirche. Ich bin daher außerordentlich dankbar, dass in unseren Bildungswerken und Bildungszentren, in den Land- und Heimvolkshochschulen, in den Akademien, in den Gemeinden und Dekanaten so vielschichtige, zielgerichtete und nachgewiesene qualifizierte Bildungsarbeit geschieht.

Lebensbegleitendes Lernen geschieht in evangelischer Perspektive im Rahmen des umfassenden Bildungsbegriffs, den die Reformation geprägt hat. Gerne schließe ich mich dabei den vier Zielsetzungen an, die der Theologische Leiter der AEEB und Landeskirchliche Beauftragte für Erwachsenenbildung, Dr. Jens Colditz, angegeben hat¹⁰. Demnach ist Evangelische Erwachsenenbildung insbesondere

a) subjektorientiert: Es geht um Lebensvertiefung und Lebenserweiterung. Der subjektorientierte Ansatz sieht den Menschen als ganzheitliches Wesen und als handelnde Person, in seiner Einheit von Leib, Seele und Geist und in seinen Bezügen zu anderen Menschen, zu seinem Lebensumfeld und zu Gott.

b) vernetzend: Ein Bildungsverständnis im Sinne Evangelischer Erwachsenenbildung sucht die Vernetzung von Kirche und Gesellschaft. Das heißt, evangelisches Profil wird im gesellschaftlichen Kontext deutlich und umgekehrt werden gesellschaftliche Impulse in der Binnenkirchlichkeit wahrgenommen und dort reflektiert.

c) ganzheitlich: Ein umfassender Bildungsbegriff, ein ganzheitliches Bildungsverständnis bietet ein ausgewogenes Verhältnis von Verfügungswissen und Orientierungswissen an. Im Blick auf den Bildungsmarkt, der von der Ökonomisierung der Bildung geprägt ist, hat die Evangelische Erwachsenenbildung hier besondere Verantwortung. Daneben, und das ist ein wesentliches Proprium Evangelischer Erwachsenenbildung, müssen Inhalte zur Sprache gebracht werden, die helfen, angesichts von Gebrochenheit und Fragwürdigkeit, sich einen Sinnkontext im Leben zu erschließen. Mit der Orientierungsperspektive wird auch deutlich gemacht, dass der Mensch immer schon mehr ist als er durch Bildung werden kann.

d) systemisch: Aus systemischer Perspektive sind Bildungsinhalte auch Impulse, die eine verstörende Wirkung im System haben. Im besten Sinne. Das Gewohnte wird unterbrochen, das System, in dem man sich vorfindet, wird verändert. Das erinnert an eine Konfrontation mit dem Evangelium, die dazu an-

regt, sich selbst, andere Menschen und das Leben überhaupt in einem neuen Licht zu sehen.

Dass die Erwachsenenbildung diese Ziele nachhaltig verfolgt, davon konnte ich mich bei meinen Besuchen in diesem Jahr und auch bei meiner Teilnahme an der nämlichen Handlungsfeldkonferenz unserer Landeskirche überzeugen. Ich war angenehm überrascht, wie sehr alle Vertreter der Konferenz die Notwendigkeit der Kooperation und Vernetzung aller in der Erwachsenenbildung unserer Landeskirche Tätigen betont haben. Mir ist jedoch aufgefallen, dass der Bereich der Hochschule hier noch nicht vertreten ist. Da heute aber auch die Universitäten verstärkt als Bildungsträger im öffentlichen Bereich auftreten, etwa mit einem Senioren- oder sogar Juniorenstudium, als Weiterbildungsveranstalter und Anbieter im öffentlichen Diskurs, wäre eine Erweiterung der Konferenz in diese Richtung vielleicht bedenkenswert.

4.2. Besuche von Einrichtungen im Dienst der Erwachsenenbildung

Nachdem im letzten Jahr die Evangelische Akademie in Tutzing ihr 60-jähriges Bestehen feiern konnte, konnten in diesem Jahr das Evangelische Bildungszentrum Alexandersbad und die Evangelische Landvolkshochschule Pappenheim ihren 50. Gründungstag begehen. Für diese drei Einrichtungen gilt wohl vermehrt, was in den Zielen der Erwachsenenbildung mit „vernetzend“ gemeint ist: Hier steht nicht nur das Individuum mit seinem eigenen Bildungsanspruch im Fokus, sondern auch der gesellschaftspolitische Bezug. Bei der Gründung der Evangelischen Akademien insgesamt stand ja im Vordergrund das Ziel, zum Aufbau einer demokratischen Kultur in einem damals (am Ende des Zweiten Weltkrieges) mit Demokratie noch wenig erfahrenen Land zu leisten.

Diese Zielsetzung ist zwar heute sicherlich anders spezifiziert, hat sich aber freilich noch nicht überholt. Auch heute noch ist es wichtig, Foren zu haben, in denen sich eine demokratische, streitbare Kultur bewähren kann. Es gibt zwar heute auch eine Vielzahl von Anbietern unterschiedlichster Träger, die Ähnliches versuchen. Aber offenbar ist die „Kultur“ des Diskurses, ggf. auch des Streites, die Breite des Spektrums der Mitwirkenden und Teilnehmenden sowie die Offenheit füreinander über die Breite des Spektrums hinweg noch immer eine Besonderheit unserer Einrichtungen. Dass Erfahrungen in so einem Umfeld auch zur Bildung von Individuen beitragen, versteht sich von selbst. Insofern macht es auch durchaus Sinn, die Arbeit der Akademien, der Heim- und Landvolkshochschulen dem Handlungsfeld Bildung zuzuordnen – und nicht, wie andere Landeskirchen, den gesellschaftsbezogenen Diensten.

Bei meinem Besuch des *Evangelischen Bildungszentrum Alexandersbad* habe ich gelernt, dass die Strukturkrise dieser Region im Grunde auch schon der Auslöser für die Gründung der Bildungseinrichtung damals war: Aus einer europäischen Zentrallage war nach dem zweiten Weltkrieg eine extreme Randlage geworden. Die Einrichtung in Alexandersbad sollte daher nicht nur der

(regional ausgeprägten) Landwirtschaft dienen, sondern auch den Arbeitern und Unternehmen. So haben sich dort nicht nur die Evangelische Landjugend und die Winterkurse, sondern auch die Kirchliche Sozialarbeit und die Evangelische Jugend-Sozialarbeit zuhause gefühlt. Heute erschüttert die Region nicht nur der dramatische Niedergang der Industrie, sondern auch die regelmäßigen braunen Aufmärsche in Wunsiedel. Ich bin daher froh, dass das landesweite „Bayerische Bündnis für Toleranz“ – über das ich später noch genauer berichten werde – hier seine Geschäftsstelle angesiedelt hat. Und wieder zeigt sich damit: unsere Bildungseinrichtungen leisten auch heute noch einen elementaren Beitrag zur demokratische Kultur.

So auch die *Evangelische Landvolkshochschule Pappenheim*, die nur zwei Wochen nach Alexandersbad eingeweiht werden konnte. Vom Anfang an kritisch und politisch haben viele dort ihre ersten Erfahrungen in Gremienarbeit gesammelt, haben hart diskutiert und um Lösungen gerungen. Es wurden Politiker zur Rede gestellt und mit den Landjugendpfarrern hitzig debattiert. Die Bandbreite der Themen ist groß und immer war dabei die Erziehung zur Demokratie ein Anliegen. Kein Wunder, dass aus dieser Arbeit auch so mancher Politiker hervorgegangen ist – ein schöner Beleg dafür, dass es gelungen ist, den Wert der Demokratie nachhaltig zu vermitteln.

Und noch von einem weiteren Jubiläum, auf dem ich zugegen sein durfte, will ich kurz berichten: Vom *FrauenWerk Stein*, das in diesem Jahr bereits auf 75 Jahre bewegte Geschichte zurückblicken kann. „75 Jahre starke Frauen – Frauen und Familien stärken“, so war das Festprogramm überschrieben. Dass die Frauenarbeit nun seit 75 Jahren stärker in den Blick der Landeskirche gerückt ist, kann die Landeskirche sich allerdings nicht auf ihre eigenen Fahnen schreiben, sondern verdankt sich wiederum starken Frauen, die unter äußerst widrigen Zeitumständen die Initiative ergriffen haben.

Das FrauenWerk Stein leistet seither eine enorm wichtige und äußerst erfolgreiche Arbeit mit Frauen und Familien. Dabei geht es nicht einfach nur darum, mögliche akute Notsituationen zu lindern. Vielmehr zielt die Arbeit auf eine langfristige Weiterentwicklung und ggf. Stabilisierung der Persönlichkeiten ab, so dass die betreffenden Frauen und Familien dann selbst wieder neue oder andere Wege gehen können. Für diese ausgezeichnete Bildungsarbeit im besten Sinne danke ich allen engagierten Frauen – und freilich auch den Männern, soweit sie sich daran beteiligt haben – sehr.

4.3. Missionarische Bildungsangebote als wieder entdeckte Kernaufgabe

Für die Reformatoren, namentlich für Philipp Melanchthon, aber eben auch für Martin Luther, war es klar, dass Glaube nicht lernbar ist. Der Glaube als Gottvertrauen ist ein Geschenk Gottes, und Gott selbst ist es, der uns das Herz dafür öffnet, dass wir ihm vertrauen können. Das wird schon in der Auslegung zum 3. Artikel des Glaubensbekenntnisses im Kleinen Katechismus Luthers deutlich, wenn es dort heißt: „Ich glaube, dass ich nicht aus eigener Vernunft

noch Kraft an Jesus Christus, meinen Herrn, glauben oder zu ihm kommen kann. Sondern der Heilige Geist hat mich durch das Evangelium berufen, mit seinen Gaben erleuchtet, im rechten Glauben geheiligt und erhalten“.

Dennoch hängt für die Reformatoren der Glaube eng mit dem Lernen zusammen. Sonst hätten sie nicht so viel Energie darauf verwandt, den Unterricht in der Kirche in vielen Bereichen zu erneuern. Und sonst hätte Luther es auch nicht für nötig gehalten, für die Bildungsarbeit im Haus und in der Schule und der Gemeinde seine Katechismen abzufassen. Dass Glaube und Bildung aus protestantischer Sicht eng zusammen gehören, ist unstrittig. Dass Glaube und Mission zusammengehören, denke ich, ebenfalls (vgl. Mt 28,18-20). Wie aber können dann Bildung und Mission in ein rechtes Verhältnis gebracht werden?

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat im Rahmen des von ihr selbst angestoßenen Reformprozesses die Fragen einer „Missionarischen Bildungsinitiative“ auf einem Hearing zum Thema gemacht. Freilich: Da Bildungsprozesse unserem Verständnis nach grundsätzlich offen angelegt sind, Mission hingegen in der gezielten Einladung zum Glauben gipfelt, besteht eine gewisse Spannung zwischen diesen beiden Begriffen. Im Laufe der Konferenz hat sich aber gezeigt, dass diese Spannung auch durchaus fruchtbar sein kann: Denn nicht wenige Menschen bilden sich und ihre Persönlichkeit dadurch weiter, dass sie sich religiösen Fragen gegenüber öffnen, ja manchmal sogar nach konkreten Antworten fragen.

In diesen Prozess kann sich die Kirche, besser noch: die Kirchengemeinde vor Ort äußerst hilfreich einschalten. Dabei wird es darauf ankommen, keine „fertigen Antworten“ unter das Volk mischen zu wollen, sondern sich tatsächlich auf eine offene Auseinandersetzung mit den Menschen einzulassen. Ziel muss sein und bleiben, dass die Fragenden die christliche Spiritualität als ein mögliches Lebens- und Deutungsmodell kennen lernen und in einer ganzheitlichen Auseinandersetzung damit zu einer eigenen Antwort kommen. Da das Wissen über Religion in unserer Gesellschaft heute stetig abnimmt, scheint mir dies ein wichtiges Ziel Evangelischer Erwachsenenbildung zu sein. Die Fülle von so genannten „Glaubenskursen“, die dazu entwickelt wurden, können dabei eine wertvolle Hilfe sein. Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass das „Münchener“ Sonntagsblatt für das Jahr 2009 einen eigenen Glaubenskurs plant. Unter dem Namen „Basiswissen Christentum – der Glaubenskurs im Sonntagsblatt“ soll ein Jahr lang wöchentlich auf zwei bis drei Seiten Glaubenswissen vermittelt und in der Leserschaft diskutiert werden. Ich gratuliere zu diesem Vorhaben und wünsche von Herzen eine möglichst große, interessierte Leserschaft. Wer weiß: Vielleicht erfahren Sie und ich dabei ja auch noch Dinge, die wir bisher so nicht gesehen hatten!

Im Sinne einer Missionarischen Bildungsarbeit habe ich mich auch sehr gefreut, dass ich in diesem Jahr das 10-jährige Jubiläum des ***Bibelerlebnishauses in Nürnberg*** mit begehen konnte. Ich erinnere mich noch genau an die Zeit, als der Bayerische Zentral-Bibelverein an die Idee eines solchen Projekts dach-

te und einen Partner dafür suchte. Es fand sich der Evangelisch-Lutherische Dekanatsbezirk Nürnberg. Als sich der Dekanatsbezirk zurückzog, trat an seine Stelle die Landeskirche. Dazwischen lag ein Umzug, weil das Heilig-Geist-Haus verkauft worden war. Neue, kostspielige, aber zentral gelegene Räume wurden gefunden. Vor zwei Jahren geriet der Verein samt seinem Bibel-Erlebnishaus infolge widrigster personeller Probleme in eine finanzielle Schiefelage.

Die Landeskirche konnte das Ärgste abwenden. Der Landeskirche ist die Arbeit des Vereins und seines Bibel-Erlebnishauses etwas wert. Tausenden von Schülern und Konfirmandinnen hat das Bibel-Erlebnishaus den Zugang zur Bibel eröffnet oder vertieft. Ehrenamtliche wurden gewonnen, die ihre Freizeit für diese jungen Menschen opferten. Eltern und Lehrkräfte kommen her und holen sich Tipps und unterstützende Literatur für die religiöse Erziehung. Und das alles mitten in der Stadt. Vor zehn Jahren hofften wir, dass das Bibel-Erlebnishaus fünf Jahre zu halten sei. Nun blicken wir schon auf die doppelte Zeit zurück. Ich danke allen, die sich in dem Team um Frau Petra Schnitzler in dieser Arbeit in den letzten zehn Jahren engagiert haben.

Zu einer missionarischen Bildungsarbeit gehört im Umkehrschluss vielleicht auch, Informationen über Sekten und andere Vereinigungen zur Verfügung zu stellen, die durch klare Abhängigkeitssysteme und persönlichkeitszerstörende Maßnahmen unseren Bildungsbegriff, auch unseren Begriff von religiöser Bildung, auf den Kopf stellen. Ich diesem Zusammenhang danke ich allen, die durch ihren umfangreichen Einsatz an Schulen und anderen Orten hier zur Aufklärung beitragen.

5. Schlussbemerkung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen nun im Überblick meine Aktivitäten und Einsichten aus meinem Schwerpunktjahr „Bildung“ vorgetragen. Vielleicht haben Sie dabei eine ganze Altersgruppe vermisst: Die Kinder. Genauer: Kinder im Alter bis zum Schuleintritt. Sollten Sie diesen Gliederungspunkt vermisst haben, so kann ich nur sagen, Sie haben völlig Recht: Denn freilich findet auch im Alter von 0 bis 6 Jahren, innerhalb und außerhalb von Institutionen, entscheidende frühkindliche Bildung statt. Jeder Mensch hat meiner festen Überzeugung nach von Geburt an ein Recht auf Bildung – Bildung, die an der jeweiligen Entwicklungsstufe der Kinder orientiert, stark individualisiert, frei von Leistungsdruck und nur ganzheitlich zu verstehen ist. Vielleicht ist so verstandene Bildung im Blick auf spätere Chancengleichheit, im Blick auf einen gelingenden Weg zum Leben, sogar von ganz besonders großer Bedeutung. Um diesen Fragen in der gebotenen Gründlichkeit nachzugehen habe ich daher für das kommende Jahr das Schwerpunktthema „Kinder“ für mich gewählt und werde Ihnen davon im Herbst 2009 berichten.

II. „Du tust mir kund den Weg zum Leben“:

Evangelische Kirche im Kontext anderer Konfessionen und Religionen

Im zweiten Teil meines Berichtes will ich Sie noch über weitere Themen informieren, die mich als Landesbischof im vergangenen Jahr beschäftigt haben. Insgesamt geht es dabei im Wesentlichen um unsere Kirche im Kontext anderer Konfessionen und Religionen. Da ich davon überzeugt bin, dass dieser Dialog unverzichtbar zum Wesen unserer Kirche gehört, stelle ich auch diesen Abschnitt gerne unter das Leitwort, unter das ich auch meine Ausführungen zur Bildung gestellt habe: „Du tust mir kund den Weg zum Leben“.

1. Christen und Juden

Vor 70 Jahren fanden die Novemberpogrome statt, die ihren Höhepunkt in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 gefunden haben. Damals brannten über die Hälfte der jüdischen Synagogen und Gemeindehäuser in ganz Deutschland. Jüdische Geschäfte wurden zerstört, Schaufenster zertrümmert, unzählige jüdische Bürgerinnen und Bürger misshandelt, inhaftiert und deportiert. Die Weisung zu dem gezielten Pogrom an der jüdischen Bevölkerung ging von der nationalsozialistischen Führung aus, die sich in München versammelt hatte. Die als „Reichspogromnacht“ in die Geschichte eingegangenen Greueltaten waren bis dahin der Höhepunkt des Antisemitismus der Nationalsozialisten und der Gesellschaft, zugleich aber auch der Auftakt zu der fortan mit neuer Zielstrebigkeit durchgeführten mörderischen Ausrottung der Juden in Deutschland, die im Holocaust enden sollte.

Dieses schwarze Kapitel unserer Geschichte muss uns bleibende Mahnung für die Zukunft sein. Ich bin daher sehr dankbar, dass Sie als Landessynode das Thema „Christen und Juden“ in dieser Woche wieder ins Zentrum gerückt haben – 10 Jahre, nachdem die Synode gemeinsam mit den anderen kirchenleitenden Organen die bedeutende Erklärung „Schuld und Verantwortung – Ein Wort der Kirche zum Verhältnis von Christen und Juden“ verabschiedet hat und 20 Jahre, nachdem die Synode sich in ihrer Herbsttagung in Hof mit der Frage kirchlicher Mitschuld an den Naziverbrechen auseinandergesetzt hat. Von den Wirkungen unserer Erklärung werden wir morgen hören. Heute will ich mich in zweierlei Hinsicht zu diesem Thema äußern: Erstens im Blick auf die Aufarbeitung unserer Vergangenheit, insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus, und zweitens im Blick auf unseren Einsatz für ein versöhntes Miteinander von Christen und Juden heute.

1.1. Aufarbeitung der Geschichte der ELKB in der NS-Zeit

Die Diskussion um die Umbenennung der bisherigen Meiserstraßen, zuletzt ging und geht es immer noch um die Meiserstraße in München, in der auch das Landeskirchenamt samt dem Synodal- und dem Bischofsbüro liegen, hat die Gemüter sehr erhitzt. Inhaltlich habe ich zur Frage der Umbenennung aus-

fürhlich im Bericht vor der Landessynode im Herbst 2006 Stellung genommen – das muss und will ich hier nicht wiederholen. Aber unabhängig davon, wie man zur Umbenennung der Meiserstraßen steht – ein Gutes hatte die Diskussion auf jeden Fall: Unsere Kirche hat sich anlässlich dessen wieder vermehrt mit ihrer eigenen Vergangenheit und damit auch mit der Frage ihrer Mitschuld an den Verbrechen der Nationalsozialisten beschäftigt.

Ein Ergebnis dieser Beschäftigung war die von langer Hand geplante Durchführung der *Wissenschaftlichen Fachtagung „Spielräume des Handelns und der Erinnerung. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und der Nationalsozialismus“*, die vom 17.-19. Oktober 2008 in der Stadtakademie München stattfand. Die Fachtagung war konzipiert und durchgeführt in Verbindung mit den kirchengeschichtlichen Lehrstühlen der drei theologischen Ausbildungsstätten in Bayern, Frau Professorin Dr. Schneider-Ludorff, Herrn Professor Dr. Hamm und Herrn Professor Dr. Oelke, denen ich auch an dieser Stelle nochmals ausdrücklich für ihre Bereitschaft zur Kooperation und für ihr enormes Engagement in dieser Sache danken will. Ich selbst habe an der gesamten Veranstaltung teilgenommen und kann sagen, dass es sich wirklich gelohnt hat.

Die Referentinnen und Referenten haben vorurteilsfrei und kritisch unsere Kirche in der NS-Zeit untersucht und in die Ereignisse der Zeit eingeordnet. Dabei wurden zwei Ziele angestrebt: Erstens sollten durch vergleichende Forschung die Spielräume ausgelotet werden, die kirchenleitende Persönlichkeiten in jener Zeit hatten. Unsere Kirche mit ihren Verantwortlichen wurde also nicht isoliert betrachtet, sondern eingeordnet in das Denken und Handeln der damaligen Zeit und im Vergleich mit dem Verhalten anderer Landeskirchen gesehen. Dabei wurde nicht verschwiegen, wie unverstündlich und inakzeptabel aus heutiger Sicht das Handeln und Unterlassen kirchenleitender Personen etwa im Blick auf die Verfolgung der Deutschen jüdischen Glaubens und die Zerstörung und Vernichtung alles Jüdischen damals war.

Es wurde aber auch nicht verschwiegen, dass der Großteil unserer Kirchenmitglieder und auch ein Großteil unserer Pfarrer den Kurs der damaligen Kirche gerne mitgetragen haben. Freilich gab es auch rühmliche Ausnahmen – dazu gleich noch mehr.

Das zweite Ziel der Tagung war, sich die unterschiedlichen Phasen der Erinnerungskultur nach Ende des Zweiten Weltkriegs bewusst zu machen. Es muss ja zu denken geben, dass die Frage der Judenverfolgung in den ersten beiden Jahrzehnten nach Kriegsende kaum eine Rolle spielte. Das Thema drängte erst sehr viel später ins Bewusstsein und damit auch in den Vordergrund. Und das gilt gesamtgesellschaftlich, nicht nur für die Kirche. Jedenfalls meine ich, dass niemand, der an dieser Tagung teilgenommen hat, nun noch begründet behaupten kann, dass die Landeskirche eine einseitige oder voreingenommene Sicht auf unsere Kirche im Nationalsozialismus und damit auch auf den damaligen Landesbischof Hans Meiser befördern würde.

So hoffe ich auch, dass wir nun zügig über den Text der Erinnerungstafel an Hans Meiser entscheiden können, die am Landeskirchenamt angebracht werden soll. Der Beschluss des Stadtrates zur Umbenennung der Meiserstraße in München wurde vor 14 Tagen durch die Entscheidung des VerwaltungsgERICHTES bestätigt und die Umbenennung in Katharina-von-Bora-Straße soll vollzogen werden, wenn der Entscheid des Gerichts rechtskräftig ist.

Ebenso dankbar wie für die Fachtagung bin ich auch dafür, dass die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern in diesem Jahr den *Wilhelm Freiherr von Pechmann Preis* gestiftet und erstmalig verliehen hat. Wilhelm von Pechmann gehört zur Identität unserer Kirche. Die Wege der Kirche und ihres prominenten Mitglieds trennten sich indes bald. Sie schieden sich an der Einstellung zur Judenpolitik des nationalsozialistischen Staates. Pechmann wollte ein klares Wort seiner evangelischen Kirche, mit dem sie sich zu ihren eigenen Mitgliedern jüdischer Abstammung bekannte, aber auch Gerechtigkeit und christliche Liebe zu den Deutschen jüdischen Glaubens einforderte.

Diese Grundüberzeugung war innerhalb unserer Kirche damals aber nicht mehrheitsfähig, darauf hatte ja auch die Fachtagung eindrücklich hingewiesen. Pechmann stand mit seiner Sicht der Dinge im Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss, dem er als bayerischer Delegierter angehörte, allein. Heute wissen wir, in welche Katastrophe die Judenpolitik des nationalsozialistischen Staates damals führte. Die Auslobung des Pechmann-Preises ist daher die bleibende Mahnung, die Dinge nicht ruhen zu lassen, sondern die Vergangenheit aus der Geschichte ins Gedächtnis zu rufen – um der Zukunft willen.

Ich danke besonders Herrn Altpräsidenten Dr. Haack für die Idee, Frau Altpräsidentin Schülke für die Initiative und meiner Ständigen Vertreterin, Frau OKRin Breit-Keßler für den Vorsitz in der Jury und die hervorragende Ausgestaltung der Preisverleihung. Dies war ein außerordentlich lohnender Abend, die Vorstellung der Preisträger war interessant und ermutigend.

Die Kirche stand im Angesicht des Nationalsozialismus an einem Scheideweg. Sie hat sich nicht ausreichend schützend vor die Opfer der nationalsozialistischen Rassenpolitik gestellt oder Schutz für sie eingefordert. Sie ist den falschen Weg gegangen, das müssen wir heute beschämt eingestehen. Auf die Schuld, die die Kirche damals auf sich geladen hat, bin ich bei meiner Predigt in der Versöhnungskirche auf dem Gelände des KZ Dachau am 27. Januar dieses Jahres, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, eingegangen. Ich habe dort gesagt: „Unsere Landeskirche ist schuldig geworden, weil sie unzähligen Verfolgten und Unterdrückten der damaligen Zeit keine helfende Hand gereicht hat. Sie ist schuldig geworden, weil sie geschwiegen hat, wo klare Worte hätten gesprochen werden müssen. Sie ist schuldig geworden, weil sie den millionenfachen Tod Unschuldiger in Kauf genommen hat.“

Der Hintergrund zu diesem Schuldbekenntnis war in meiner Predigt namentlich der millionenfache Mord an den Juden. Das Schuldbekenntnis selbst habe ich

aber bewusst offen formuliert, also weder die Juden noch eine andere Gruppe von Verfolgten in der Zeit des nationalsozialistischen Terrors ausdrücklich genannt. Es dürfen und sollen sich daher alle eingeschlossen fühlen, die den menschenverachtenden Repressionen der Nazis ausgesetzt waren. So beispielsweise auch die Gruppe der Sinti und Roma, deren Vertreter ich im Nachklang zum Gottesdienst erstmals in meiner Bischofszeit besucht habe.

Ich hoffe sehr, dass wir aus der Geschichte wirklich gelernt haben und an den Scheidewegen unserer Zeit heute nicht die falschen Entscheidungen treffen.

1.2. Der Einsatz der ELKB für ein versöhntes Miteinander heute

Heute muss es unser gemeinsames Ziel sein, jeder auch nur ansatzweisen Diskriminierung von Juden oder anderen gesellschaftlichen Gruppen aufs Schärfste entgegen zu treten. Das schwarze Kapitel der Judenvernichtung in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus verpflichtet auch die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern zu besonderer Wachsamkeit und Entschiedenheit im Kampf gegen den Antisemitismus. Seit mehr als drei Jahren gibt es nun das „Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“. In unserer Gesellschaft ist an einigen Orten eine zunehmende Tendenz zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu beobachten. Nicht nur unbelehrbare Altnazis, sondern immer mehr Neonazis versuchen, aus gesellschaftlicher Unzufriedenheit und Zukunftsangst Kapital zu schlagen. Mit ihren Hetzparolen wenden sie sich besonders an die junge Generation. Orte, an denen dies im letzten Jahr besonders deutlich wurde, sind etwa Gräfenberg, Warmensteinach, aber auch Cham und Rosenheim gewesen.

Nach wie vor leisten insbesondere Elternhäuser und Schulen Vorbildliches für eine wertorientierte und auf Toleranz ausgerichtete Bildung. Trotzdem ist unübersehbar: Die Zahl gerade der jungen Menschen, die für rechtsextremistische und rassistische Ideologien anfällig sind, wächst. Das halte ich im Blick auf die politische Entwicklung unserer Gesellschaft für äußerst bedenklich. Unsere jüngere Geschichte, besonders deren dunkle Kapitel zwischen 1933 und 1945, gebietet, dieser Entwicklung entschlossen entgegenzutreten. Deshalb hat sich 2005 auf mein Betreiben hin dieses Bündnis gebildet, dem alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen angehören, vom Bayerischen Jugendring bis hin zum Landessportverband, vom Elternverband bis hin zu den Lehrerverbänden, der Gemeinde-, der Städte- und der Landkreistag, die Staatsregierung mit insbesondere dem Innen- wie dem Kultusministerium, vom DGB bis zum Bayerischen Wirtschaftsverband, der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden wie die Münchner Kultusgemeinde, die ACK und das Erzbischöfliche Ordinariat.

Ziel dieses Bündnisses ist es, im Bereich des Freistaats Bayern für Toleranz ebenso einzutreten wie für den uneingeschränkten Schutz der Demokratie und der Menschenwürde. Gemeinsam mit allen aufrechten und verantwortungsbewussten Demokraten wollen wir allen rechtsextremistischen, rassistischen und

antisemitischen Tendenzen entgetreten und für unser demokratisches und werteorientiertes Gemeinwesen werben. Die Bündnispartner haben zusammen mit der Stadt Wunsiedel seit zwei Jahren eine Projektstelle eingerichtet, die am Bildungszentrum Alexandersband angesiedelt ist und mit Frau Simone Richter hervorragend besetzt ist. Sie macht eine breite, Bewusstsein bildende und engagierte Arbeit. Im vergangenen Jahr hat das Bündnis auf meine Anregung hin die Gräfenberger und Weißenhofer Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Kampf gegen NPD-Aufmärsche unterstützt.

2. Integration muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger

Die Zahl der Muslime auch hier in Bayern nimmt weiter zu. Sie sind unsere Nachbarn, Kollegen oder die Klassenkameraden unserer Kinder und Enkelkinder. Es muss daher unser fortgesetztes Anliegen bleiben, ein gutes Miteinander zu leben. Innerhalb unserer Kirche gibt es zahlreiche Initiativen, die auf gegenseitiges Kennenlernen, gegenseitigen Respekt und recht verstandene Toleranz zielen. Ich freue mich darüber, weil ich davon überzeugt bin, dass dies das Fundament für ein friedliches Miteinander ist.

Eine gelungene Initiative möchte ich besonders erwähnen: Am 16.12. des vergangenen Jahres konnte ich in einem Festgottesdienst in der Friedenskirche in Nürnberg eine christlich-islamische Initiative würdigen. Ich konnte dort den Dank unserer Kirche gegenüber der Finnischen Evangelisch-Lutherischen Mission für ihr 15-jähriges Engagement in Nürnberg aussprechen. Vor 15 Jahren haben finnische Pfarrer mit der christlich-islamischen Dialogarbeit in Nürnberg begonnen. Die Arbeit wurde zunächst allein von der finnischen Kirche getragen. Im Sommer 2004 kehrte die letzte finnische Pfarrersfamilie zurück, seitdem arbeiten ein bayerischer Pfarrer und eine Diakonin in dem **christlich-islamischen Begegnungszentrum „Brücke-Köprü“**, das aus der finnischen Initiative entstanden ist. Der in den letzten Jahren zuständige Nürnberger Dekan, der heutige Islambeauftragte Dr. Rainer Oechsle, hat diese Initiative sehr gefördert, sodass sie jetzt von der Landeskirche und dem Nürnberger Dekanat getragen wird. Es handelt sich um eine blühende Arbeit, die weit über Nürnberg hinaus ausstrahlt. Das Buch „Wir sind Brückenmenschen“, das im November erschienen ist, legt von dieser Arbeit beredtes Zeugnis ab. Ein solches christlich-islamisches Begegnungszentrum ist einzigartig im deutschen Sprachraum.

Ich freue mich aber selbstverständlich genauso über die Initiativen, die seitens der Muslime zur gegenseitigen Verständigung ergriffen werden. So erreichten mich beispielsweise zum letzten Weihnachtsfest die schriftlichen Grüße von drei muslimischen Gemeinden (vom Islamischen Zentrum Hamburg, von der Islamischen Gemeinschaft Milli Görös und von der Islamischen Gemeinde in Penzberg), die mich sehr bewegt haben. Die häufig ausgesprochenen Einladungen in Moscheen oder zu den hohen Festen des Islam sind ebenfalls eine gute Gelegenheit, die gegenseitigen Beziehungen zu vertiefen. Ich selbst bin diesmal im Ramadan zwei Einladungen zum Ifta-Essen, dem traditionellen Fas-

tenbrechen der Muslime gefolgt und habe die Begegnungen sehr genossen. Aber freilich müssen unsere Bemühungen um Integration letztlich noch viel weiter reichen.

2.1. Gemeinsames Lernen von Anfang an

„Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr“. Diese alte Bauernweisheit hat sicherlich auch im Blick auf das Zusammenleben von Christen und Muslimen sein gutes Recht. Wenn wir wollen, dass Christen und Muslime sich künftig mit weniger Vorurteilen und damit auch mit weniger Ängsten begegnen, dann müssen wir schon früh Lernmöglichkeiten eröffnen. Ein gelungenes Beispiel solch gemeinsamen Lernens habe ich bei meinem Dekanatsbesuch in Selb kennen gelernt. In Selb gibt es ein Schulzentrum, das mehrere schulische Einrichtungen auf engem Raum versammelt. Mitten drin ist ein **Schülercafe** eingerichtet, das den Schülerinnen und Schülern der verschiedenen Schulararten nicht nur ein warmes Mittagessen ermöglicht, sondern auch ein gestaltetes Miteinander insbesondere in den frühen Nachmittagsstunden anbietet.

Mich hat beeindruckt, dass dort seitens der Verantwortlichen von Anfang an darauf geachtet wurde, auch muslimische Betreuerinnen und Betreuer in das Team mit einzubauen. So wurde ein Ort der selbstverständlichen und unkomplizierten Begegnung geschaffen, der sowohl von Christen als auch von Muslimen gleichermaßen akzeptiert und frequentiert ist. Dadurch konnte schon so manch kulturell angespannte Situation rasch und einvernehmlich geklärt werden. Ein gutes Lernfeld für alle.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit Ihnen wieder kurz Kenntnis davon geben, wie der derzeitige Stand meiner **Dekanatsbesuche** aussieht: Im vergangenen Jahr war ich in Weilheim, Fürstenfeldbruck, Weiden und Selb und werde in der nächsten Woche nun auch Nürnberg visitieren. Damit habe ich dann insgesamt 52 von 68 Dekanaten in bewährter Weise besucht und kann nur sagen, dass sich jeder einzelne dieser Besuche gelohnt hat. Im Überblick sieht das so aus: [Karte einblenden]. Es fehlen nun noch 16 Dekanate – und ich gehe davon aus, dass ich auch diese noch im Laufe meiner Amtszeit besuchen werde.

Bei meinen Besuchen bekomme ich hier und dort mit, welche Sorgen bei manchen Gemeinden und bei manchen Kirchenvorstehern vorhanden sind. Insbesondere bei den Gemeinden, die durch das neue Gemeindefinanzierungsgesetz, das die Landessynode beschlossen hat, auf Dauer weniger Geld zur Verfügung haben werden als früher. Ich erläutere dann zunächst immer, dass die neue Verteilung kein Einsparprogramm ist, sondern eine andere Verteilung, die versucht, gerechter zu sein und dafür auch einen 5-jährigen Übergangszeitraum ermöglicht.

Die Summe der zu verteilenden Mittel ist ja durch das Gesetz nicht geschmälert worden. Im Gegenteil: In 2008 ist aufgrund der Kirchensteuersituation die

Gesamtsumme sogar höher als 2007. Die hier und dort zu hörende Ansicht, dass eine Gemeinde eigentlich nicht mehr zahlungsfähig sei, passt allerdings für mein Gefühl nicht damit zusammen, dass die Kriterien für den zu diesem Zweck eingerichteten Notfonds nur in ganz wenigen Fällen erfüllt werden. Wir sollten allerdings auch überprüfen, ob die Kriterien vielleicht zu eng gefasst sind.

Mancher scheint die Rettung darin zu sehen, dass die Gemeinden, die das interessiert, erfahren, welches Kirchensteuereinkommen aus ihrer Gemeinde stammt. Wir sind technisch nicht in der Lage, dies zu ermitteln, haben aber den Auftrag gegeben zu untersuchen, mit welchem Kostenaufwand dies möglich sein würde. Was wir ohne größeren Aufwand machen können, ist einen Durchschnittswert pro Kirchensteuerzahler und pro Gemeindeglied auszurechnen. Dazu hören Sie später in der Einbringungsrede zum Haushaltsgesetz mehr.

Ich frage mich und Sie in diesem Zusammenhang aber: Was ist das Ziel, warum wir, warum einzelne Kirchengemeinden das wissen wollen? Ist es das Ziel, dass Gemeinden mit reichen Kirchensteuerzahlern, das sind in der Regel auch jetzt schon reiche Gemeinden, mehr bekommen als bisher und damit noch reicher werden? Dass die armen Gemeinden beschämt sind, weil sie von den reichen Gemeinden abhängig sind? Dass einzelne Kirchensteuerzahler, die mehrere Millionen zahlen, vor Ort und landesweit identifiziert werden können? Was ist das Ziel? Wenn uns dieses Ziel von unserer gemeinsamen Aufgabe entfernt, das Ganze unserer Kirche im Blick zu haben, kann ich dem Anliegen nur energisch widersprechen und darum bitten, andere – geeignete – Formen zu finden, sich gegenseitig zu stützen und zu unterstützen, wie das vielfach durch zinslose Darlehen von Gemeinden für andere Gemeinden ja auch bereits geschieht.

Das Ziel sollten wir miteinander besprechen und darüber Konsens erzielen, bevor wir beschließen, solche Daten zu veröffentlichen, wenn wir sie denn kreieren könnten. Der Landeskirchenrat hat sich lange mit dieser Frage beschäftigt und ist selbstverständlich auch hier weiterhin zu größtmöglicher Transparenz bereit. Aber wir müssen miteinander klären, wozu, und die Folgen bedenken.

Es wird bei Diskussionen über dieses Thema gelegentlich von falschen Zahlen ausgegangen, z.B. behauptet, dass nur 27% der Kirchensteuereinnahmen an die Gemeinden gehen. Verehrte Synodale, Sie alle wissen, dass dies nicht stimmt. Dieser Prozentsatz erfasst nur die unmittelbaren Zuweisungen an die Kirchengemeinden, aber nicht die Aufwendungen für das Personal im Gemeindedienst, das landeskirchlich angestellt ist und deshalb auch zentral finanziert wird. Lassen sie es mich noch einmal übersichtlich zusammenfassend sagen: Im Haushaltsansatz für das Jahr 2008 werden 494,8 Millionen Euro Kirchensteuereinnahmen ausgewiesen. Davon werden 360,4 Millionen für den Bereich „Personal- und Sachausgaben für Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke“ eingestellt. Das sind etwa 73% der Kirchensteuereinnahmen. Man

könnte sagen: Von 100 Euro Kirchensteuereinnahmen kommen den Kirchengemeinden und Dekanatsbezirken 73 Euro zugute.

Der Betrag also, der als Schlüsselzuweisungen über das Punktesystem des innerkirchlichen Finanzausgleichs direkt an die Gemeinden überwiesen wird, stellt nur einen kleinen Anteil der Kirchensteuermittel dar, die den Gemeinden insgesamt zugute kommen: 70,8 Mio Euro. Hinzukommen unmittelbare Zuweisungen in Höhe von ca. 60 Mio Euro für das direkt auf der gemeindlichen oder Dekanatssebene angestellte Personal, also die hauptamtlichen Kirchenmusiker und Kirchenmusikerinnen (5,2 Mio Euro) und die theologisch-pädagogischen Mitarbeitenden (3,6 Mio. Euro), für Instandsetzungen und andere Baumaßnahmen, für den Ausbau von Kinderkrippenplätzen, Verwaltungsstellen und Kirchengemeindeämter, Schuldendienst. Insgesamt betragen diese unmittelbaren Zuweisungen 130,8 Mio Euro. Beinahe das 2-fache dieses Betrags wird aber zentral von der Landeskirche zugunsten der Gemeinden und Dekanatsbezirke bezahlt: Darunter fällt beispielsweise: die Besoldung der Pfarrerrinnen und Pfarrer im Gemeindedienst: 113,5 Mio Euro, der Diakone im Gemeindedienst: 14,6 Mio Euro, die Pensionen: 70,2 Mio Euro. Hinzukommen die Aufwendungen für Versicherungen, z. B. für den Unfallschutz der Ehrenamtlichen und die kirchengemeindlichen Gebäude.

Nicht mit eingerechnet bei den 360,4 Millionen, den 73% also, sind die Ausgaben für überparochiales Personal, das ausschließlich für die Kirchengemeinden arbeitet, wie zum Beispiel die Hauptamtlichen im Predigerseminar. Überhaupt ließe sich auch bei allen anderen Haushaltsposten trefflich darüber streiten, ob sie nicht letztlich, langfristig gesehen, alle auch den gemeindlichen Aufgaben zu Gute kommen.

Freilich kann man eine Kirche – jedenfalls nach evangelischem Verständnis – auch in vielerlei Hinsicht völlig dezentral organisieren. Die Frage ist nur, ob das letztlich hilfreich wäre. Denn wenn ich zum Beispiel von den Schwierigkeiten anderer Landeskirchen im Bereich der Personalbesoldung und insbesondere der Versorgungsaufwendungen höre, bin ich über das zentrale(re) Besoldungssystem, das wir haben, froh: froh für unsere Hauptamtlichen, die ein sicheres Gehalt, v.a. aber auch eine gesicherte Versorgung haben und die nicht Angst davor haben brauchen, mangels Anstellung durch eine Gemeinde in großer Anzahl im Wartestand leben zu müssen. Froh aber auch für die Gemeinden, die sich nicht mit den Problemen von Gehältern und Versorgung herumärgern müssen. Und dieser Ärger beträfe ja nicht nur die Zeit des Dienstes vor Ort, denn schließlich muss pro Person über einen Zeitraum von etwa 50 Jahren (35 Jahre aktiv, 15 Jahre Versorgung) für die Personalkosten gesorgt werden. Damit stünden neue Fragen im Raum: Sollen die Gemeinden beispielsweise auch für die Pfarrer zahlen müssen, die schon lange nicht mehr in ihnen ihren Dienst tun, vielleicht im Streit gegangen sind und jetzt anderswo gute oder bessere Arbeit machen?

Hohe Synode, wir sind in den letzten Jahren an vielen Stellen den Weg der Dezentralisierung gegangen (Beispiele: Umsetzung der Landesstellenplanung

im Dekanatsbezirk, neuer innerkirchlicher Finanzausgleich überlässt die Prioritäten- und Posterioritätensetzung stärker den Kirchengemeinden), den ich in vielen Bereichen für ganz wichtig halte. Wir wollen, ich will, wie ich es schon öfter vor der Landessynode betont habe, die „Beteiligungskirche“ weiter stärken, keinesfalls aber den Weg zu einer Betreuungskirche einschlagen. Deswegen gibt es in Bayern vier kirchenleitende Organe, von denen zwei unmittelbar bzw. mittelbar von den Kirchenvorständen gewählt werden. Insoweit ist die Kirchenbasis in Ihren Reihen intensiv mit Organrechten vertreten.

Aber nun wieder zurück zum Thema. Wenn es um ein gemeinsames und damit auch gleichberechtigtes Lernen von Anfang an geht, dann meine ich, dass es selbstverständlich sein müsste, die Initiativen zur **Einrichtung eines muslimischen Religionsunterrichts** zu unterstützen. Sie wissen, dass es seit diesem Schuljahr in Bayern auch an anderen Orten als Erlangen einige Modellschulen gibt, an denen muslimischer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach eingeführt wurde. Dabei ist mir bewusst, dass es noch viele offene Fragen gibt, die geklärt werden müssen. Dennoch halte ich dies für einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Die ethnischen Konflikte etwa im ehemaligen Jugoslawien und die Migrantenströme der letzten Jahrzehnte haben bewirkt, dass vorher fraglose kulturelle und religiöse Identitäten in den Strudel der Verunsicherung gerieten. Gleichzeitig wurde vielen bewusst, dass die Bewahrung der eigenen Identität gerade in fremder Umgebung lebensnotwendig ist.

Auch Menschen, die vorher der Religion keine große Bedeutung zugemessen haben, gewannen die Einsicht, dass religiöse Identität ein zentraler Bestandteil der kulturellen Identität ist. Das bedeutet: Religionsunterricht ist für alle Menschen, insbesondere aber für Menschen mit Migrationshintergrund, Hilfe zum geistigen Überleben. Der Vorteil eines ordentlichen Unterrichtsfaches „muslimischer Religionsunterricht“ gegenüber der islamischen Unterweisung in nicht-staatlicher Verantwortung ist dabei der, dass bei einem ordentlichen Unterrichtsfach sicher gestellt werden kann, dass das Lernen über die eigene Religion sich gleichzeitig im Rahmen des hiesigen Grundgesetzes vollzieht. Schülerinnen und Schüler christlicher Herkunft sehen und lernen von Anfang an, dass Muslime in unserem Land einen gleichberechtigten Platz im öffentlichen Leben einnehmen. Eine solch aufgeklärte islamische Bildung für die nachwachsende Generation ist meiner festen Überzeugung nach eine ganz wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Integration der muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Gesellschaft.

2.2. Das Recht auf Religionsausübung für Angehörige muslimischen Glaubens

Selbstverständlich erwarten wir von unseren muslimischen Mitbürgern, dass sie die Grundrechte unserer Verfassung respektieren und mehr als das: Wir wünschen uns, dass die Muslime in unserem Land die Grundrechte als einen Raum freier religiöser menschlicher Lebensgestaltung erleben, für dessen Erhalt einzutreten absolut sinnvoll ist. Beide großen Kirchen in Deutschland haben einige Zeit gebraucht, um sich mit den Gedanken der Demokratie und der Men-

schenrechte zu versöhnen. Diese Zeitspanne reicht etwa von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der französischen Revolution bis zur Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Es hat 150 Jahre gedauert, bis die Kirchen in Sachen Menschenrechten zur der Auffassung gelangt sind, die wir heute vertreten – und das, obwohl ihre ersten Vertreter sie aus der christlichen Tradition begründet haben. Eine ähnlich lange Zeit wird unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht zur Verfügung stehen. Desto mehr wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass die notwendigen Lernprozesse auf beiden Seiten gut und rasch gelingen.

Deshalb sage ich ein klares Ja zum Neubau von Moscheen. Es ist unwürdig, wenn Muslime gezwungen werden, ihren Gottesdienst in Fabrikhallen, in Garagen oder Hinterhöfen zu feiern. Jede Religionsgemeinschaft hat das Recht, Stätten des Gebets zu errichten, wo der Gottesdienst in aller Öffentlichkeit und vor den Augen einer bürgerlichen Gesellschaft stattfinden kann. Dass der Neubau einer Moschee das Stadtbild verändert, ist nichts Neues. Das gilt in gleicher Weise auch für jeden repräsentativen Bau etwa einer Bank oder Versicherung oder auch für die christlichen Kirchen, von denen ich ja auch regelmäßig neue einweihen darf. Dass unter diesem Gesichtspunkt nicht überall jede Form eines neuen Gebäudes genehmigt wird, ist eine normale Folge des Baurechts. Aber wir dürfen nicht mit Hilfe des Baurechts grundsätzlich Moschee-Neubauten verhindern.

Immer wieder höre ich das Argument: Solange Christen in muslimisch geprägten Ländern nicht ungehindert Kirchen bauen dürfen, ja sogar wegen ihres Glaubens verfolgt werden können, solange sollten auch wir den Bau von Moscheen in Deutschland nicht dulden. Dieser Argumentation kann ich mich nicht im Geringsten anschließen. Wenn ich etwas als schlechtes Beispiel erkannt habe, dann mache ich es doch nicht dadurch besser, dass ich das Meine nur deshalb genauso schlecht mache. Wenn wir also freilich die Verhinderung von Kirchenbauten in manchen Ländern nicht akzeptieren können, kann das doch im Gegenzug nicht heißen, dass wir unsererseits dann ebenfalls die freie Religionsausübung von Muslimen behindern wollen. Mit demokratischen Grundrechten, die wir ja gerade auch anderen Kulturen nahe bringen wollen, hat eine solche Argumentation jedenfalls nichts zu tun. Allerdings gehe ich davon aus – und sage das meinen muslimischen Gesprächspartnern immer wieder –, dass diese in ihren Heimatländern davon berichten, wie selbstverständlich sie ihre Religion bei uns ausüben können und dass sie dafür werben, dass dasselbe bei ihnen auch für die Christen gelten sollte.

Dabei sehe ich im Bau von Moscheen die selbstverständliche Folge des Rechtes auf Religionsausübung, für die wir einstehen. Ich sehe darin darüber hinaus eine Chance, dass wir Christen die muslimische Kultur noch besser kennen und verstehen lernen. Nicht öffentliche, in Hinterhöfen statt findende religiöse Unterweisungen oder Feiern können jedenfalls kaum dazu dienen, gegenseitige Offenheit und Transparenz zu fördern.

3. Gelebte Ökumene zwischen Protestanten und Katholiken

Zuletzt will ich noch auf einige Punkte im Blick auf die Ökumene zwischen Protestanten und Katholiken eingehen – das Thema, das mich in den kommenden Jahren angesichts des Ökumenischen Kirchentages 2010 in München vielleicht am meisten beschäftigen wird.

3.1. Auf dem Weg zum Ökumenischen Kirchentag in München 2010

Am 16. September dieses Jahres durfte ich zusammen mit Erzbischof Marx an der Eröffnung der Geschäftsstelle für den 2. Ökumenischen Kirchentages (ÖKT) vom 12. bis 16. Mai 2010 teilnehmen, die (äußerst verkehrsgünstig) in der Arnulfstraße in München ihr Quartier aufgeschlagen hat. Ich war hocheifrig über die Präsenz so vieler Funktionsträger aus den verschiedensten Institutionen. Äußerst dankbar habe ich auch die Bestätigung der Stadt München entgegengenommen, dieses religiöse und gesellschaftliche Großereignis mit voller Kraft zu unterstützen. Die Vorbereitungen für den Kirchentag sind nun auf vollen Touren angelaufen und entfalten eine enorme Kreativität und Produktivität bis in die einzelnen Gemeinden hinein. Über den aktuellen Stand der Vorbereitungen können Sie sich auch jederzeit auf der Internetseite www.oekt.de informieren. Inzwischen hat das Gemeinsame Präsidium für den 2. Ökumenischen Kirchentag auch das Leitwort beschlossen, unter dem die Aktivitäten gebündelt werden sollen: "Damit ihr Hoffnung habt".

Das Leitwort ist dem 1. Petrusbrief im Neuen Testament (Kapitel 1, Vers 21) entlehnt. In einer Zeit von Umbrüchen und einer tief greifenden Vertrauenskrise möchte das höchste Leitungsgremium des 2. ÖKT mit dem Verweis auf die gemeinsame Hoffnung aller Christinnen und Christen ein Signal der Ermutigung geben. Darüber freue ich mich sehr – bin ich doch der festen Überzeugung, dass gerade wir Christen dazu berufen sind, in Anbetracht der Gewissheit der Liebe Gottes optimistisch in die Zukunft zu blicken. Freude und Dankbarkeit sind entscheidende Faktoren, die Gott uns auf dem Weg zum Leben schenkt.

Das sollte nicht erst auf dem Ökumenischen Kirchentag selbst seinen Ausdruck finden, sondern schon den gesamten Weg der Vorbereitungszeit prägen. Damit meine ich nicht, dass Differenzen verschwiegen oder Kritik ausgeblendet werden sollen. Ganz im Gegenteil: Die eineinhalb Jahre, die noch vor dem Ökumenischen Kirchentag liegen, sind eine große Chance, sich in ein intensives, offenes Gespräch miteinander zu begeben. Aber dieses Gespräch braucht nicht in resignierter Grundstimmung ob der noch bestehenden Trennung zu geschehen, sondern darf ruhig freudig auf die Gemeinsamkeiten aufbauen und Hoffnung wecken, noch mehr Gemeinsamkeiten zu entdecken und zu leben. So dass wir am Ende dieses Weges zum Ökumenischen Kirchentag sagen können, dass alleine der Weg dahin sich schon gelohnt hat – auch wenn es den Kirchentag selbst nicht gäbe. Dieser Kirchentag

wird nicht das gemeinsame Abendmahl bringen. Aber er wird zeigen, dass wir immer mehr zusammenwachsen und uns die Hoffnung trägt.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel gelebter Ökumene ist sicherlich das **Ökumenische Lebenszentrum Ottmaring**, das in diesem Jahr seinen 40. Jahrestag feiern konnte. In dieser Siedlung in der Nähe von Augsburg leben katholische und evangelische Christen in Familien oder auch als einzelne beieinander und versuchen bewusst, die Gemeinschaft und die Trennung der Christen redlich zu leben, in großer Hoffnung und Dankbarkeit, aber auch ohne falsche Vorwegnahme dessen, was zwischen unseren Kirchen noch nicht möglich ist. Ein gutes Beispiel, wie weit man auf dem ökumenischen Weg zum Leben schon heute kommen kann.

3.2. Konfessionsübergreifende Anliegen in der Gesellschaftspolitik

Viel Übereinstimmung zwischen uns und unserer katholischen Schwesterkirche stelle ich dankbar auch im Blick auf gesellschaftspolitische Ziele fest. Es ist deutlich wahrnehmbar, dass wir als Christen insgesamt für menschwürdiges Leben vom Anfang bis zum Ende, für Chancengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und die Bewahrung der Schöpfung eintreten – um nur einige der zentralen Themenfelder zu nennen. Lassen Sie mich das an zwei Beispielen aus dem Bereich der Medizin- und Bioethik konkretisieren:

Zu Beginn dieses Jahres wurde über eine **Verschiebung des Stichtages zum Import embryonaler Stammzellen** diskutiert. Die Debatte ist im Zusammenhang mit den intensiven Diskussionen und Meinungsfindungen im Jahr 2001 zu sehen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat damals mit guten Gründen vor der Bundestagsentscheidung deutlich darauf hingewiesen, dass der „Schutz menschlicher Embryonen nicht eingeschränkt werden darf“ – so der Rat der EKD in einer bis heute nicht aufgehobenen EntschlieÙung. Die römisch-katholische Kirche ist zu dem gleichen Ergebnis gekommen, wenngleich freilich mit anderen Begründungsmustern. Ich bin mir sicher, dass wir als Kirchen damals nicht zuletzt deswegen auf so großes Gehör gestoÙen sind, weil wir dieselbe Zielrichtung vertreten haben. In der Diskussion um die Stichtagsverschiebung am Anfang dieses Jahres habe ich mich, die Position des Rates aus dem Jahr 2001 aufnehmend, dann gegen eine Verschiebung des Stichtages ausgesprochen – denn ich bin der festen Überzeugung, dass es fortan nicht bei dieser einen Verschiebung bleiben wird und so indirekt ein Anreiz zur Herstellung überzähliger Embryonen im Rahmen der In-vitro-Fertilisation geschaffen werden könnte, da genau diese überzähligen Embryonen für die Forschung von Interesse sind. Wenn ich es recht sehe, hat auch die katholische Kirche im Wesentlichen diese Position vertreten, die Argumentation des Ratsvorsitzenden allerdings ging diesmal in eine andere Richtung. Wie Sie wissen, hat die Bundesregierung dann im April dieses Jahres die Stichtagsverschiebung beschlossen. Von jetzt an sind die Positionen des Ratsvorsitzenden und meine wieder auf derselben Linie, die auch kompatibel zu der römisch-katholischen Linie ist: eine weitere Stichtagsverschiebung darf unter

keinen Umständen erfolgen.

Ein weiteres Beispiel ist die Diskussion um das *Ende des Lebens*. Seit Jahren schon besteht der politische Wille dazu, gesetzliche Klarheit im Blick auf die Gültigkeit von Patientenverfügungen zu schaffen. Auch hier sind die Argumentationen von evangelischer und katholischer Seite – auch innerhalb der jeweiligen Konfession – freilich nicht ganz deckungsgleich. Aber einig sind wir uns weiterhin darin, dass nicht nur die so genannte aktive Sterbehilfe, sondern auch die Beihilfe zum Suizid, insbesondere in institutioneller Form, weiterhin abgelehnt werden muss. Über die beschämenden Initiativen des Vereins Dignitas sowie des ehemaligen Hamburger Justizsenators Kusch, das assistierte Sterben mit öffentlichkeitswirksamen Inszenierungen hoffähig zu machen, kann ich nur ebenso entsetzt wie ungläubig den Kopf schütteln. Und ich bin froh, in der römisch-katholischen Kirche eine verlässliche Partnerin im Kampf für das Leben zu haben.

Ich habe diese beiden Beispiele unter der Überschrift „Ökumene“ eingeordnet, weil ich denke, dass die enge Zusammenarbeit von evangelischer und katholischer Kirche bei gesellschaftspolitischen Fragen wesentlich dazu beiträgt, dass unsere Anliegen in der Politik gehört und berücksichtigt werden. Ich will aber nicht versäumen, mich an dieser Stelle auch ausdrücklich bei den bisherigen Verantwortlichen unserer Staatsregierung zu bedanken, die unsere Kirche offen und ehrlich an den Diskussionsprozessen beteiligt und unsere Bitten in ihre Entscheidungen einbezogen hat. Namentlich will ich, das sei mir in diesem Gremium gestattet, mich sehr beim Alt-Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Günther Beckstein, bedanken, der während seiner Amtszeit für ein äußerst vertrauensvolles Verhältnis gesorgt hat. Ihr künftiges Fehlen in der Staatsregierung, sehr verehrter Herr Dr. Beckstein, ist für unsere Kirche ein großer Verlust. Zugleich freuen wir uns sehr, dass Sie der Synode unserer Kirche weiterhin angehören.

4. Schlussbemerkung

Am Ende meines Berichtes will ich noch einmal kurz an den Anfang zurückkehren. Sie erinnern sich? Es ging um einen Kindergarten der Tiere. In erheitender Weise wurde erzählt, wie unsinnig, ja kontraproduktiv es sein kann, die je verschiedenen Stärken einebnen und alle gleich machen zu wollen. Ich habe Ihnen diese kleine Geschichte erzählt, weil Sie gut zu dem Thema Bildung passt, über das ich im ersten Teil berichtet habe. Es passt aber, meine ich, fast ebenso gut zum Thema Ökumene, das nun am Ende des Berichtes stand. Auch hier kann es nicht darum gehen, alles gleich machen zu wollen. Es geht natürlich auch nicht darum, zu identifizieren, wer hier der Hase und wer der Igel ist. Vielmehr sollten wir mit den gegenseitigen Stärken achtsam umgehen und, mehr noch, davon lernen. Ziel ist nicht ein anormaler Aal, der eine Rede in zwei Sprachen vortragen kann, sondern – um im Bild zu bleiben – die Vielfalt der unterschiedlichen Tiere, die sich gegenseitig bereichern. Voraussetzung dazu allerdings ist, dass man sich seiner eigenen Stärken und da-

mit seiner eigenen Identität bewusst ist.

Für mich gehört zu diesem Wissen, dass ich mich als Christ eingeordnet sehe in eine Gemeinschaft der Glaubenden, sowohl vor Ort als auch überregional, letztlich weltweit. Ich bin daher dankbar, dass ich als Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) auch viele Einblicke in diese deutschlandweite Glaubensgemeinschaft bekomme. Sicher: Die Tätigkeit als Leitender Bischof nimmt mitunter viel Zeit in Anspruch, bringt viele Abwesenheiten von Bayern mit sich. So moderierte ich als Leitender Bischof beispielsweise im langwierigen Prozess der Fusion der Nordkirchen. Aber gleichzeitig wird durch mein Engagement in der VELKD die Rolle der Bayerischen Landeskirche innerhalb der Vereinigten Kirche gestärkt, das jedenfalls ist meine Hoffnung.

Zu dem Wissen um die eigene Identität gehört als Mitglied einer Gemeinde, die Teil der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern ist, vielleicht auch das Wissen und die Freude darüber, dass die Landeskirche in diesem Jahr ihr 200-jähriges Bestehen feiern kann. Natürlich weiß auch ich, dass viele unserer Kirchengemeinden schon wesentlich älter als 200 Jahre sind und dass wir als Kirche vom Evangelium her auf insgesamt sogar schon fast 2000 Jahre Geschichte zurückblicken können. Aber nichts desto trotz ist der Zusammenschluss zu einer bayerischen Landeskirche ein wichtiges Ereignis, auf das wir dankbar zurückblicken können: Mit den königlichen Edikten aus den Jahren 1808/1809 wurde die Existenz der protestantischen Kirche durch den Staat gesichert, Menschen aller Religionen und Konfessionen gleich behandelt, vor allem aber Gewissensfreiheit gewährleistet. Diese Errungenschaften wollen und werden wir in den kommenden Monaten mit verschiedenen Aktionen feiern und ich wünsche Ihnen, dass Sie daran ebenso viel Freude haben wie ich.

Besonders schön finde ich dabei die Aktion „Geschenkpakete durchqueren Bayern“, die ich am Reformationstag starten durfte und die am Erntedankfest im kommenden Jahr zu Ende gehen wird. Die Aktion lebt von der Überzeugung, dass wir eine gesegnete Kirche sind und andere an diesem Segen Teil haben lassen, dass wir eine Kirche sind, in der Gott uns den Weg zum Leben kund tut. Alle sind herzlich eingeladen, sich davon zu überzeugen und selbst zum Segen für andere zu werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

¹ Aus: Bildung beginnt mit der Geburt. Förderung von Bildungsprozessen in den ersten sechs Lebensjahren, hg. von Gerd E. Schäfer, Weinheim/Berlin/Basel 2003, S. 10f.

² Bericht auf der HFK 3

³ vgl. Bericht des Administrators der Gustav-Schickedanz-Stiftung auf der Kuratoriumssitzung am 24. Oktober 2008 in Fürth.

⁴ „Mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen – Die Hauptschule stärken“, Wort der Synode vom 29.11.2006.

⁵ vgl. den Bericht des Stiftungsvorstandes der Evangelischen Schulstiftung in Bayern am 08. Mai 2008

⁶ Die Präsenz der evangelischen Kirche an der Hochschule – Ein Positionspapier des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, herausgegeben vom Kirchenamt der EKD, Hannover 2006.

⁷ ebd.

⁸ ebd.

⁹ Bericht auf der Handlungskonferenz 3 am 23. Juli 2008 im Landeskirchenamt München.

¹⁰ ebd.